SPRACH REPORT

P 20157 F

1/90

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Herausgegeben vom Institut für deutsche Sprache

»LIVE AUS LEIPZIG«

Talkshows und die DDR-Revolution

von Wilfried Schütte

Plötzlich ist möglich geworden, was lange Zeit unmöglich schien. DDR-Bürger treten in bundesdeutschen Talkshows auf – als Talkgäste oder als engagiertes Publikum, und die Sendungen kommen zum Teil sogar live aus der DDR.

So bietet die rasante Entwicklung in der DDR westdeutschen Fernsehmachern eine Chance, ganz neue Sendeformen, Sendeorte und Gruppen von Beteiligten vorzuführen und die Innovationen dem Publikum als sensationell anzubieten. Am 16. 11. 1989 wird »Journalisten fragen – Politiker antworten« (ZDF) mit Reinhard Appel als Gesprächsleiter live aus einem Studio des DDR-Fernsehens Adlershof mit DDR-Politikern und Journalisten aus beiden Staaten gesendet. Am 19. 11. 1989 wird eine Talkshow »DDR – wohin?« live aus Leipzig in mehreren 3. Fernsehprogrammen gesendet mit westdeutschen Moderatoren, Diskussionsgästen aus der DDR und einem regen DDR-Publikum. Noch am 10. 12. 1989 jubeln die Moderatoren der NDR-»Jugend-Mittalkshow« »Spruchreif« über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem DDR-Jugendmagazin »elf 99« und eine Fernsehbrücke Hamburg–Ost-Berlin: *»ist ne tolle Sache«, »Wahnsinn«, »das wird in die Fernsehgeschichte hoffentlich eingehen«.* Die Inflation neuer Kooperations- und Sendeformen läßt das Sensationelle daran aber schnell verblassen – und die »elf 99«-Moderatorin Angela Mohr kann bei »III nach 9« am 15. 12. 1989 in einer Doppelrolle als Ko-Moderatorin und als Gast kokett stöhnen, sie fühle sich mittlerweile von westlichen Journalisten benutzt, die sich mit DDR-Beiträgen gut verkaufen wollten.

In der Tat leben westdeutsche Talkshows davon, daß das Fernsehpublikum sich für die Gespräche interessiert. Das bedeutet Konkurrenz, und so versuchen Redakteure und Moderatoren mit ganz unterschiedlichen Konzepten, Aufmerksamkeit zu erregen und die Einschaltquote zu erhöhen: Orientierung auf Konfrontation oder auf Gesprächsharmonie, thematische Vorstrukturierung oder nicht, einer oder mehrere Moderatoren, Publikumsbeteiligung oder nicht, Plauderei oder intensive Gespräche mit Tiefgang.

Aktualität und Aktualitätsverlust

Und natürlich sollen die Gesprächsthemen auch in der Talkshow aktuell sein. So ändert das ZDF-Jugendjournal »Doppelpunkt« am 13. 9. 1989 seine längerfristige Themenplanung und veranstaltet eine Live-Diskussion unter dem Titel *»Wir hatten die Schnauze voll – Junge Leute aus der DDR erzählen von ihren Erwartungen und Hoffnungen«. Damit reagiert das Jugendjournal auf die Ereignisse des Spätsommers 1989.*

Im August 1989 nimmt der Ansturm ausreisewilliger DDR-Bürger auf die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin und auf die Botschaften in Prag, Warschau und Budapest derart zu, daß sie nacheinander wegen Überfüllung schließen. Am 24. 8. dürfen die DDR-Bürger aus der Botschaft in Ungarn ausreisen, am 11. 9. öffnet Ungarn seine Grenzen auch für alle anderen DDR-Bürger, und 15000 kommen innerhalb von drei Tagen in die Bundesrepublik. Dies erscheint in der öffentlichen Diskussion als unerhörtes und einmaliges Ereignis, auf das auch Diskussionssendungen und Talkshows im Fernsehen eingehen wollen.

Durch die redaktionelle Auswahl einer Gesprächsrunde von jungen Erwachsenen mit unterschiedlichen Erfahrungsperspektiven und beruflichen Orientierungen wird eine kontroverse Diskussion angestrebt; zwei junge Frauen an einem seitlichen Tisch sind

Aus dem Inhalt

»Volk des Jahres«
von Bernd Ulrich Biere S. 4

Gastkommentare S. 4

Sprache und Politik in der Mainzer Republik 1792/93
von Joachim Herrgen S. 6

Der politisch-soziale Wortschatz bei den Brüdern Grimm
von Werner Holly S. 12

Deutsch für Aussiedler
von Astrid Krumwiede S. 14

schon vor zwei Jahren übergesiedelt und können so die Lebensverhältnisse vergleichen; sie kommen zu durchaus unterschiedlichen Bewertungen: Die eine bejaht das Leistungsprinzip, die andere beklagt fehlende soziale Unterstützung (z.B. Kinderkrippen) für berufstätige Mütter. Die innere Gesprächsrunde sind junge Leute, die erst kürzlich die DDR verlassen haben – sie können nur die Gründe ihrer Ausreise schildern und ihre Hoffnungen und Erwartungen skizzieren. Bei dieser Gäste-Konstellation ist die thematische Bandbreite der Diskussion zwangsläufig beschränkt: Ist es legitim, als Ausreisegrund sich auf die chronische Versorgungskrise in der DDR zu berufen – oder ist eine solche Schilderung müßig, weil sie nur bundesdeutschen Ressentiments gegen »Wirtschaftsflüchtlinge« Vorschub leistet, an der Oberfläche der Probleme in der DDR bleibt, während das eigentliche Problem die fehlende Lebensperspektive ist? Ist die FDJ-Mitgliedschaft ein echter oder ein »freiwilliger« Zwang in dem Sinne, daß nur sie berufliches Fortkommen sichert?

Aus der Gesprächsrunde wird Kritik geäußert: Die Sendung habe eine Chance verpaßt – warum seien keine Diskussionsteilnehmer aus der DDR dabei, die auch dort bleiben wollen? Der Moderator Michael Steinbrecher erläutert, es seien FDJ-Funktionäre eingeladen worden, aber nicht gekommen. Den Zuschauern bleibt unklar, ob sie nicht kommen durften oder es nicht wollten.

Immerhin: Die »Doppelpunkt«-Sendung scheint das aktuelle Thema des Jahres aufgegriffen und bestmöglich bearbeitet zu haben. Damit ist angesichts der langfristigen Themenplanung und aufwendigen Sendungsvorbereitung bei Gästerecherche und Ablaufplanung das Thema »DDR« bei »Doppelpunkt« für 1989 abgehakt. Redaktion und Moderator können nicht ahnen, wie schnell und in welchem Maße in den kommenden 3 Monaten Beschränkungen bei der Auswahl von Gästen aus der DDR und bei den möglichen Themen entfallen: Im November spricht ein FDJ-Sekretär von enttäuschten Hoffnungen angesichts des Zusammenbruchs eines korrupten Regimes, geht aber auch eine Wette ein, daß die FDJ weiterbestehen wird.

(Ein anderes Konzept der Aktualisierung probiert Lea Rosh in ihrer Berliner Talkshow »Freitagnacht ...« am 3. 11. 1989, einen Tag vor der mit einer Million Teilnehmern größten Demonstraton in Ost-Berlin. Vor dem vorgesehenen Thema »Eifersucht« geht sie mit zusätzlich eingeladenen Gesprächspartnern aus der DDR zunächst eine halbe Stunde auf die aktuelle Entwicklung in der DDR ein.)

Der Tag danach

»III nach 9« erweitert am 10. 11. 1989 – einen Tag nach Öffnung der innerdeutschen Grenzen für DDR-Bürger – kurzfristig seine Gästeliste aus diesem aktuellen Anlaß. Das zwingt zu einem neuen Begrüßungsschema: Statt nach dem Vorspann (Trailer + Klaviertitel von Gottfried Böttger) unmittelbar ins erste Einzelgespräch (Moderator–Talkgast) zu springen, stehen die Moderatoren in Dreiergruppe außerhalb der Runde, begrüßen die Zuschauer, erläutern das veränderte Rahmenkonzept der Sendung und stellen mit Bildschnitt die Gäste vor. Deren Rolle wird umdefiniert: Wichtiger als eine PR-Aktion in eigener Sache ist ihre Beteiligung an der Diskussion zum aktuellen Geschehen in der DDR. Das gelingt – nur die Rolle der Schauspielerin Christine Kaufmann, ursprünglich wohl als Stargast vorgesehen, wird seltsam marginal.

Die Talkshow ist plötzlich wieder das, was sie einmal war: eine aktuell und flexibel konzipierte Sendung, die plötzlich realisierbare, bislang ungeahnte Gesprächskonstellationen herstellt: zwischen DDR-Bürgern, die an einer eigenen, positiv bestimmten DDR-Identität festhalten wollen, und bundesdeutschen Konservativen, zwischen DDR-Künstlern und Übersiedlern – mit wesentlichen Gesprächsinitiativen nicht aus der inneren Gesprächsrunde, sondern aus dem Publikum, das von den Moderatoren seine Beteiligungschancen bekommt. Die Gäste werden von den Moderatoren mit geschickten Gesprächsmanövern zu klaren Statements genötigt.

Die Sendung »III nach 9« nutzt hier die Chance einer Revitalisierung ihres alten Konzeptes einer »angezettelten Kontroverse«, wobei sich die Redakteure als Manager einer möglichst realitätsnahen Konfrontation verstehen. Für Sendungen nach diesem Konzept hat »III nach 9« vor Jahren den Grimme-Preis, eine begehrte Fernsehauszeichnung, erhalten – zuletzt hat man aber, wohl um etwas gegen sinkende Einschaltquoten zu tun, mit mehr Show-Elementen experimentiert: keine Monothematik, bunter »Gästecocktail«, optische Gags, Show-Auftritte.

Jetzt produziert das aktuelle Thema der Revolution in der DDR eine spannende Sendung, da weder Ablauf noch thematische Entwicklung eindeutig vorhersehbar sind. Tumult und Chaos sind Bestandteile dieses Konzepts und dem Thema angemessen.

Als Gerhard Löwenthal mit Allaussagen über *»die Menschen drüben«* die DDR-Ereignisse für seine politische Weltsicht zu vereinnahmen versucht, interveniert der Moderator Giovanni di Lorenzo: *»Menschen aus der DDR wollen Ihnen was sagen«* – nämlich Gäste im Studio, aus eigener Anschauung und Betroffenheit. Die wollen Löwenthal nicht hören, weil er sie an Karl-Eduard von Schnitzler erinnert, den sie nicht mehr zu hören brauchen. Löwenthal, der offenbar von der Redaktion als Garant einer erwünschten Kontroverse eingeladen worden ist, muß gegen Schluß der Sendung rüde das Wort entzogen werden, um eine Vielfalt von Meinungsäußerungen zu erreichen.

Voyeurismus?

Doch gibt es nicht auch eine ethische Grenze für ein Talkshow-Konzept, das die Gesprächsteilnehmer aus der Reserve zu locken versucht, um bislang unbekannte Wahrheiten und unverblümte Sichtweisen eines Problems zu evozieren? Wird hier vielleicht lediglich der Voyeurismus des Publikums bedient?

Übersiedler aus der DDR erfahren von August bis Dezember 1989 einen dramatischen Kursverfall ihres Anliegens in der öffentlichen Diskussion. Sie treffen zunächst ohne Abstriche auf Interesse für ihre Fluchtgeschichten, und eine unumkehrbar erscheinende harte Lebensentscheidung wird respektiert, da die Begründungen für die Übersiedlung (ein Wandel in der DDR scheint ausgeschlossen, gerade auf junge Leute etwa in der FDJ darf man dabei keine Hoffnungen setzen) plausibel wirken.

Spätestens im November müssen die Übersiedler Fragen nach den Motiven ihres Hierseins als Aufforderungen zur Rechtfertigung verstehen, warum sie nun nicht wieder zurückkehren. Fragen suggerieren, daß die bisher geäußerten Begründungen nun hinfällig seien; in der öffentlichen Diskussion werden Sozialneid auf angebliche Privilegien und Ängste laut, die Übersiedler würden in beiden Staaten das Sozialgefüge zerstören. Zudem wird unterschieden zwischen frühen, beruflich qualifizierten, also willkommenen Umsiedlern und späteren, minderqualifizierten, ohne den Bonus einer Fluchtgeschichte, die als Schmarotzer diffamiert werden. Das führt in der »III nach 9«-Sendung bei den Übersiedlern zu einer Art »Wagenburg-Effekt« – trotzig wird anhaltendes Mißtrauen gegen die neue Führung vorgebracht, man glaube nicht an einen Wandel auf Dauer und habe zudem durch sein Weggehen die Dinge ins Rollen gebracht, mithin ein großes Verdienst an den Veränderungen.

Der Publikumsgast Wolfgang Schubert aus der DDR kritisiert das Anspre-

chen emotional belasteter Übersiedler in einer solchen Krisensituation: Muß man ihnen nicht Zeit lassen, zu einer neuen Perspektive zu finden, anstatt sie durch sofortige und hartnäckige Fragen auf die alte festzulegen?

DDR-Übersiedler stehen hier exemplarisch für ein generelles Problem, wenn sich »Betroffene« in Medien-Diskussionen präsentieren – nämlich in einer Doppelrolle, zum einen als Einzelpersonen mit dem Anspruch auf individuelle Lebensperspektive und Schonung einer privaten Sphäre, zum anderen als Vertreter einer Gruppe, mit denen in dieser Funktion von vornherein indiskret umgegangen wird: Der Talkgast ist um so interessanter, je offener er auf Neugier reagiert und auch über intime Motive seines Handelns auskunftsbereit ist.

Gespräche zwischen Ost und West

Interessanter ist, was für Gespräche sich zwischen Ost und West entwikkeln. Vertauschte Rollen: Plötzlich bekunden Journalisten von hüben, sie beneideten ihre DDR-Kollegen, weil die mutiger und hartnäckiger bei Politikern nachfragen könnten – eine Tugend, die vielen westdeutschen Hofberichterstattern mit der Schere des Parteienproporzes im Kopf abhanden gekommen ist.

Sicher gibt es noch Gesprächsblokkaden – doch zeigt beispielsweise ein Vergleich der beiden Auftritte von Angela Mohr (»elf 99«) in »Live aus dem Schlachthof« (HR 3, 26. 11. 1989) und »III nach 9« (15. 12. 1989) eine schnell wachsende Bereitschaft, auch auf brisante Fragen offene Antworten zu geben.

Nach einem Zusammenschnitt aus »elf 99«-Sendungen moniert die »Live aus dem Schlachthof«-Moderatorin Sonja Maischberger im Gesprächseinstieg, Angela Mohr habe eine Nachricht aus der Bildzeitung in »elf 99« polemisch mit *»damit's auch die letzten Dummen kapieren«* präsentiert, und das klinge nicht nett. Mit Vorwürfen dieser Art kann Angela Mohr nichts anfangen, rettet sich in den Gemeinplatz *»die Zeiten warn nicht so«*. Auf Nachfrage ist ihr die Frage nicht konkret genug, und sie weist die Bewertung *»nicht nett«* für eine politische Auseinandersetzung als unangebracht zurück. Erst später kommt sie der Moderatorin zu Hilfe und beschreibt die neuen Freiräume des DDR-Journalismus.

Giovanni di Lorenzo hat in »III nach 9« eine andere Strategie: Er lobt freche und mutige Sendungen des DDR-Fernsehens, äußert Bewunderung für die für »III nach 9« unerreichbar hohen Einschaltquoten von »elf 99« und stellt an Angela Mohr zunächst eine offene Frage nach ihren Eindrücken bei einer BRD-Reise. So kann er später weich verpackt eine brisante Frage stellen:

> *»m also ich wollt dich was fragen, ich hoffe du nimmst mir das nicht übel, weil das ne Frage ist, die vielleicht em sehr hochtrabend klingt, ist aber nicht so gemeint – also ich glaub, wir alle Jüngeren haben irgendwann mal älteren Menschen hier in der Bundesrepublik die Frage gestellt, ah warum habt ihr damals unter den Nazis den Mund nicht aufgemacht? Und ich glaube, es isses erste Mal in meinem Leben, daß ich einen jungen Menschen fragen kann: Warum hast du die Schnauze gehalten?«*

Angela Mohr weist die Fragenimplikation einer Gleichsetzung von Drittem Reich und DDR-Sozialismus zurück, geht aber doch aus persönlicher Perspektive auf die Frage ein:

> *»Das is is n Problem des Umfeldes: eh – wenn man weiß, daß es über eh rings um einen funktioniert, also daß die alle ganz gut leben können damit, wenn wenn keiner über bestimmte Grenzen hinausgeht, dann macht mans auch nicht, weil man ja auch nicht riskieren möchte, daß man zum Beispiel seinen geliebten Beruf aufgibt. Also ich bin schon ganz gern Journalist gewesen ...«*

Hier bekommen Talkshow-Gespräche eine neue Qualität: Weder die gewohnte Selbststilisierung prominenter Zeitgenossen als Mittel einer PR-Kampagne mit geschickten Ablenkungsmanövern von unangenehmen Fragen noch von Redaktion und Moderation angezettelte Streitgespräche, damit die Sendung lebendig werde, können den Argwohn des Zuschauers zerstreuen, hier werde in einer theaterhaften Scheinwelt agiert – ohne Konsequenzen für die Nachfolgekommunikation in der wirklichen Welt. DDR-Bürger bringen dagegen ihre manifesten Probleme auf den Tisch, und ohne weitere Legitimierung ist das Fernsehgespräch eine Bearbeitung dieser Probleme. Das geschieht kontrovers und emotional, auch mit Wut und Erbitterung, wenn man bei SED-Politikern angesichts der massiven Versäumnisse in der Vergangenheit allzu flinke Wendemanöver wittert – aber es geschieht argumentativ und stilistisch brillant, wie es westdeutsche Fernsehzuschauer DDR-Bürgern bis vor kurzem nicht zugetraut hätten.

Eine neue Gesprächskultur entwikkelt sich: In der Talkshow treffen sich nicht länger das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums und das Interesse prominenter Talkgäste an Selbstdarstellung. Die starke thematische Lenkung des Gesprächs durch Moderatoren ist nicht mehr gefragt, ein neuer Respekt vor authentischen Darstellungen durch Betroffene greift um sich. Kontroversen brauchen nicht inszeniert zu werden, sie ergeben sich natürlich, indem reale gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden. Die Trennung der üblichen Beteiligungsrollen – privilegierte VIPs in der Innenrunde und Publikum, das passiv gehalten wird oder allenfalls Zwischenfragen stellen und kurze Statements abgeben darf – hebt sich auf zugunsten einer neuen Spontaneität und Unmittelbarkeit: Die Parole »Wir sind das Volk« der Leipziger Montagsdemonstrationen wird auch zur Maxime der Fernsehgespräche; in einer Phase, in der alte Machtstrukturen zusammenbrechen und neue Verantwortlichkeiten noch nicht durch eine demokratische Wahl legitimiert sind, wird in der Talkshow nicht auf eine mehr oder minder ferne Realität referiert, sondern im Zeitraffertempo ereignet sich Politik im Fernsehgespräch: DDR-Bürger erheben Ansprüche auf Selbstbestimmung und Kontrolle der Mächtigen, widersprechen SED-(PDS)-Verantwortlichen, indem sie deren Rechtfertigungen als taktische Manöver zum Machterhalt definieren. Es kristallisieren sich aber auch unterschiedliche Positionen zu wichtigen anstehenden Entscheidungen heraus, z. B. zur Frage der (Wieder-)Vereinigung oder einer neuen Wirtschaftsordnung.

In einem Argumentations-Topos jedoch sind sich alle einig: Besserwisserische Kommentare aus der Bundesrepublik sind nicht gefragt, denn die Entscheidung über den künftigen Weg der DDR liegt bei deren Bürgern.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache.

Neue Bücher

Gerd Antos/Gerhard Augst: Textoptimierung. Das Verständlichermachen von Texten als linguistisches, psychologisches und praktisches Problem. Bern: Lang 1989, 177 S.

Cherubim, Dieter/Klaus Mattheier (Hrsg.): Voraussetzungen und Grundlagen der Gegenwartssprache. Sprach- und sozialgeschichtliche Untersuchungen. Berlin: de Gruyter 1989, 361 S., DM 188,–.

Luscher, Renate/Roland Schäpers: Berufssprache Deutsch. Szenen aus dem Büro. 12 Lektionen Deutsch für Fortgeschrittene. München: Verlag für Deutsch 1989, 120 S., DM 25,–.

Vogel, Roland: Rechtschreibanforderungen und -leistungen früher und heute. Eine vergleichende Untersuchung von Schüleraufsätzen und -diktaten. Bad Salzdetfurth: Franzbecker 1988, 230 S., DM 38,–.

Reisefreiheit für das Volk des Jahres

von Bernd Ulrich Biere

Ein Gedicht von Christof Stählin, bereits im SPRACHREPORT 2/89 zitiert, endet so:

I dacht', jetzt schreib' ich ein Gedicht,
das heißt: »Das Volk, das gibt es nicht!«
Da hörte ich in meiner Still'
millionenstimmiges Gebrüll.
Ich schob den Kopf aus meinem Loch,
da stand das Volk und brüllte:
»DOCH!«

Nach den Ereignissen im November 1989 sollten wir die beiden letzten Zeilen vielleicht neu schreiben. Etwa so:

Da drang es aus der DDR zu mir,
aus Leipzig, Dresden, Ost-Berlin:
»Das Volk sind wir.« –

»Wir sind das Volk« – das Wort, der Satz, der »Demonstrationsruf« des Jahres, das »Markenzeichen der friedlichen Revolution« (dpa). Während wir Westler uns noch abmühten, *Übersiedler, Umsiedler, Aussiedler* und *Asylanten* voneinander zu unterscheiden, drängte zunächst das Jahreswort 1982, *Wende,* abermals auf die vorderen Ränge. *Wendehälse* und *Mauerspechte* wurden zu den »Vögeln des Jahres« erklärt.

Während die einen massenhaft auf die Straße gingen (»Wir sind das Volk!«), hatten die anderen schnell die neuen Marktchancen erkannt. Von *Vertragsgemeinschaft* war noch keine Rede, da war die Berliner Mauer schon eine Antiquität, die stückweise zu Höchstpreisen feilgeboten wurde.

»Das Volk«, das den »Umbruch« in der DDR auf den Begriff zu bringen und der historischen Situation ihr sprachliches Markenzeichen aufzudrücken versuchte, machte die Sprachforscher geradezu sprachlos; sie fühlten sich von einer »Flut von Wörtern überrollt« (Straubinger Tageblatt).

Aber auch ihre Stunde war gekommen, galt es doch – gerade noch rechtzeitig vor der Jahres»wende« – das »Wort des Jahres 1989« zu küren.

Für den Paderborner Anglisten Broder Carstensen stand es Anfang Dezember fest: *»Wir sind das Volk«.* Die Entscheidung sei ihm nicht leichtgefallen, aber schließlich habe er sich für den besagten »Demonstrationsruf« entschieden. Vielleicht hätte man ja auch das Volk fragen können: »Wie hätten Sie entschieden?« Aber so demokratisch ist die echte Wissenschaft nun auch wieder nicht.

Schwerwiegende Entscheidungen sollten den Experten überlassen bleiben, die über geeignete Methoden verfügen, so etwas wie das »Wort des Jahres« herauszufinden. Aber wie finden sie es denn heraus? Offenbar nicht durch schlichtes Zählen (die rein »quantitative Erhebung«), sondern durch eine »qualitative Analyse«, die nicht nur die Vorkommenshäufigkeit, sondern auch die historische Bedeutsamkeit einer Wortprägung in Rechnung stellt. Das Quantitative kann man getrost der »empirischen Sozialforschung« überlassen, die es vielleicht gerade noch zum »Wort des Monats« bringt. Und dies war im November, wie die Wickert-Institute aufgrund der »Auswertung von mehr als 9800 Artikeln aus Zeitungen und Zeitschriften« (dpa) ermittelten, der *Wendehals* (1710mal).

Ende Dezember bekamen Broder Carstensen und die Wickert-Institute dann die gewohnte Konkurrenz. Und darin zeigt sich dann doch wieder ein »demokratisches« Element von Wissenschaft: der freie Streit der wissenschaftlichen Meinungen im unbegrenzten Diskurs der Kommunikationsgemeinschaft der Wissenschaftler. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) in Wiesbaden setzte *Reisefreiheit* an die Spitze ihrer »Sprachhitliste«, auf die das *Begrüßungsgeld* auf Platz zwei folgte.

Das Gerangel auf den ersten Plätzen können wir gelassen betrachten. Kein kleinlicher Streit um Worte kann uns die großen Gefühle vermiesen: Wir sind das Volk (des Jahres)! – Wir?

Gastkommentare

»Alle Soldaten sind potentielle Mörder«

Ein analytischer Kommentar

von Herbert E. Brekle

In der bisherigen Diskussion über das sog. Soldatenurteil – wenn es denn eine gewesen sein sollte – wurden mindestens zwei fundamentale logische bzw. linguistische Tatsachen übersehen:

1. Die oben zitierte Aussage besagt eben genau nicht, daß alle Soldaten Mörder seien (obwohl von politisch interessierten Kreisen dies so gesehen wurde). Ein gültiger Schluß wäre es, wenn man etwa vom Satz *Alle Soldaten sind gesetzestreue Staatsbürger* zu *Alle Soldaten sind Staatsbürger* käme. Der umstrittene Satz enthält aber das vertrackte Adjektiv *potentiell,* dessen logisch-semantische Leistung darin besteht, daß es einen Sachverhalt aus dem Reich des Tatsächlichen in das Reich des bloß Möglichen transportiert. Der Inhalt der inkriminierten Äußerung besteht dann, wenn man die Erkenntnisse der Fachdisziplinen nutzt, lediglich in der Behauptung *Es gibt einen möglichen Zustand der Welt, in dem alle Soldaten Mörder sind.* Da dies logisch möglich ist, ist die Aussage trivialerweise wahr. Anders gesagt: Der Informationswert der umstrittenen Aussage ist eigentlich gleich Null; wir alle sind z. B. potentielle Patienten, potentielle Unfallverursacher oder aber auch potentielle Mörder. Unsere Sprache enthält noch eine ganze Reihe vergleichbarer Mittel, mit deren Hilfe wir auf diese »möglichen Welten« zugreifen (»Modalisatoren«), wie man an folgenden Beispielen sieht: *mutmaßlicher* Täter, *wahrscheinliche* Ankunft; *Schein*lösung; *Schein*toter, *Un*gehorsam, *Ex*-Kanzler.

Gleichwohl darf man dem vorläufig freigesprochenen Produzenten dieser Äußerung natürlich nicht unterstellen, daß er damit einfach etwas Triviales oder Irrelevantes habe mitteilen wol-

len. Ganz offenbar wollte er damit auf die tödlichen Konsequenzen hinweisen, die eintreten können, wenn Soldaten als Verteidiger tätig werden, und dies durch die Wahl des Wortes *Mörder* ethisch negativ bewerten. Damit kommen wir zu einer weiteren, bisher übersehenen Tatsache:

2. *Mörder* gehört im Deutschen sowohl der juristischen Fachterminologie als auch der Umgangssprache an und ist von ersterer in seiner Bedeutung, d.h. in seinen Verwendungen zwar oft beeinflußt, wird jedoch nicht immer gleichbedeutend gebraucht. Im Deutschen können wir nicht wie in anderen Sprachen im Wortschatz differenzieren zwischen *Mörder* und *Töter* (so hat das Frz. z.B. den Unterschied *assassin – tueur* und das Engl. *murderer – killer*). *Töter* ist zwar eine Bildung, die nach den Regeln des deutschen Sprachsystems möglich wäre, sie existiert jedoch in unserem Wortschatz nicht. Umgangssprachlich sind wir mit der Verwendung von *Mörder* oder *Mord*, gemessen an seinem juristischen Gebrauch, ziemlich großzügig: z.B. *Vogelmörder, Mord an einer Kultur, an einer Symphonie* etc.

Fazit: Bevor laute Klagen über Ehrverletzung und Beleidigung (was das auch immer sein mag) erhoben werden und Richterschelte geübt wird, sollten sich die »Ausleger der deutschen Sprache« rückversichern bei Fachleuten, die ihnen ein Minimum an logischer Korrektheit und Beachtung des geltenden Sprachgebrauchs garantieren könnten. Betroffen fühlen kann man sich dann immer noch.

Der Autor ist Professor für Allgemeine Sprachwissenschaft an der Universität Regensburg.

Das diffamierte Leben

Empörende Begriffe: Überalterung und Vergreisung

von Eckart Klaus Roloff

Vor einigen Monaten hat das Statistische Bundesamt weitere Daten aus der Volkszählung von 1987 bekanntgegeben, unter anderem zum Altersaufbau der Bevölkerung. Die Zahl der über 75jährigen betrage 4,4 Millionen, hieß es; 1970 gab es von ihnen nur 2,6 Millionen. (Die Anzahl der über Hundertjährigen hat sich in dieser Zeit von 298 auf 2197 erhöht, also mehr als versiebenfacht.) Diese Zunahme, mit Recht als beachtlich qualifiziert, steht in Kontrast zu den nur 8,9 Millionen (14,6 Prozent), die jünger als 15 Jahre sind. Davon gab es 1970 noch 14,1 Millionen.

Eine solche Verschiebung während einer halben Generation verdient volle Aufmerksamkeit. Doch *ein* Schlagwort für den demographischen Wandel erscheint deplaziert, so sehr es schon in Mode gekommen und sogar unter Ärzten in gedankenlosem Umlauf ist: *Überalterung.* Die Süddeutsche Zeitung gab der Statistikmeldung aus Wiesbaden sogar die Schlagzeile *»Überalterung schreitet ungebremst fort«.*

Es geht so schnell: Wer mit dem Begriff *Überalterung* hantiert, glaubt auch, in freier Interpretation ein »ungebremst« dazupacken zu können – als sei das ständige Altern empörend und endlich zu stoppen. Empörend ist nur dieser Sprachgebrauch. Schon wuchert er weiter: Im ebenso verletzenden Wort von der *»zunehmenden Vergreisung unserer Gesellschaft«,* das etwa die BMFT-Pressemitteilung Nr. 35/1989 aufgreift.

Überalterung und *Vergreisung,* das klingt nach Gefahr, das suggeriert die unerwünschte und übertriebene Ausdehnung einvernehmlich festgesetzter Grenzen. Solche Grenzen hat es nie gegeben. Die Dauer menschlichen Lebens war und ist, ob individuell oder als Durchschnittswert, keinerlei konstante Größe.

Ein Beispiel: Die Breslauer Chroniken sagen für 1670 – der Astronom Edmond Halley hat dies ermittelt –, daß von 100 Neugeborenen nach zehn Jahren nur noch 51 lebten; nur 14 wurden 70 Jahre und älter. Bei über 70 Jahren liegt heute die durchschnittliche Lebenserwartung der Bundesbürger. Allein in den letzten 50 Jahren ist sie in hochentwickelten Ländern um zehn Jahre gestiegen, in anderen Staaten noch mehr. Aber die Menschen sterben dort etwa 15 Jahre früher als im Westen. Überalterung gleichwohl?

Die *gewonnenen* Jahre sind Sulfonamiden und Antibiotika zu verdanken, dem Kampf gegen Infektionskrankheiten und Kindersterblichkeit, größerer Hygiene, besserer Lebensqualität und Ernährung (auch wenn das oft als fraglich hingestellt wird). Kein seriöser Mediziner wird uns glauben machen, eine noch wirksamere Heilkunde führe irgendwann einmal zu ewigem Leben auf Erden. Er will helfen, Leiden früh zu erkennen und zu lindern, will Leben nach seinen Kräften bewahren. Auch unser Anspruch richtet sich darauf, unsere Forderung an die Forschung.

Wir könnten viel dafür tun, so häufige Todesursachen wie Lungenkrebs und Unfälle zu vermindern. Was wäre das für ein Erfolg! Würden voreilige Journalisten dann wiederum von *ungebremster* Überalterung schreiben?

Es steht keinem Menschen zu, Grenzen für Lebensfristen zu bestimmen, die Vitalität und Würde des Alters geringzuschätzen oder mit Blick auf Mark und Pfennig die Folgen des Längerlebens und endlich genutzter Prävention zu mißbilligen; die zusätzlichen Jahre dürfen niemals als zu teuer diffamiert werden.

Einem TV-Meteorologen können wir durchgehen lassen, wenn er das Wetter für eine Jahreszeit zu mild, für die andere zu kalt nennt. So Absurdes ist nicht schmerzhaft. Die Unterstellung aber, der Mensch werde heute zu alt, verlangt vehementen Widerspruch und prophylaktische Aufmerksamkeit für ähnliche Fälle.

Der nächste (glücklicherweise weniger gravierende) ist schon da; die eilige Sozialpolitik einer Bonner Viererkoalition hat ihn gebären lassen. Das *Volksbaby* kam jetzt zur Welt.

(Zuerst in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 27/7. 7. 1989)

Der Autor leitet beim Rheinischen Merkur das Ressort »Forschung und Innovation«.

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für deutsche Sprache, Postfach 101621, 6800 Mannheim, Tel.: 0621/4401-0
Redaktion: Bernd Ulrich Biere, Ulrike Haß, Bruno Strecker, Wolfgang Teubert
Druck: Druckhaus Beltz, Hemsbach/Bergstraße – ISSN 0178-664X
Auflage: 3000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Jahresabonnement: DM 12,–; Einzelheft: DM 4,–. Bezugsadresse: Institut für deutsche Sprache, Friedrich-Karl-Straße 12, Postfach 101621, 6800 Mannheim 1

Das Wort Neudeutsch ist nicht mit dem gleichnamigen Grünkohl zu verwechseln, obgleich ja beide aus der Zusammenziehung eines Adjektivs und eines Substantivs zu neuem Hauptwort und Begriff entstanden sind. Dieses Neudeutsch ist etwas ganz Furchtbares.

Kurt Tucholsky

Joachim Herrgen

»Belehrt, Brüder, diese Betrogenen!«

Sprache und Politik in der Mainzer Republik von 1792/93

»Verzeihen Sie mir, mein Freund, daß ich Sie immer wieder von unserer öffentlichen Meinung unterhalte; allein sie ist das Werkzeug der Revolution, und zugleich ihre Seele.« Diese Zeilen schrieb 1793 Georg Forster als Pariser Korrespondent der Zeitschrift »Friedenspräliminarien«. Neben Christoph Martin Wieland war er es, der den französischen Begriff *opinion publique* als *öffentliche Meinung* in das Deutsche eingeführt hat. Er war sich der politisch zentralen Bedeutung des Begriffes vollkommen bewußt, erkannte aber zugleich, daß sowohl der Begriff als auch das Faktum, auf das er sich bezieht, in Deutschland noch Desiderat waren: *»Schon haben wir 7000 Schriftsteller, und dessen ungeachtet, wie es keinen deutschen Gemeingeist gibt, so gibt es auch keine deutsche öffentliche Meinung. Selbst diese Wörter sind uns so neu, so fremd, daß jedermann Erläuterungen und Definitionen fordert, indes kein Engländer den anderen mißversteht, wenn vom public spirit, kein Franzose den anderen, wenn von opinion publique die Rede ist«* (Forster, »Über öffentliche Meinung«). Öffentlichkeit und öffentliche Meinung mußten in Deutschland erst geschaffen werden, nicht zuletzt, um überhaupt Demokratie erst zu ermöglichen. Im Mainz des Jahres 1792, nach seiner Einnahme durch die französische Revolutionsarmee, schienen die Voraussetzungen hierfür gegeben. Radikale Mainzer Demokraten, auch *Jakobiner* genannt, versuchten mittels einer Sprachoffensive, der militärischen Eroberung eine demokratische Revolution folgen zu lassen.

Un peu d'histoire ...

Nachdem 1792 die monarchische Intervention in Frankreich bei Valmy gescheitert war, erobern die französischen Truppen unter General Adam Philippe de Custine das linke Rheinufer. Am 21. Oktober 1792 wird Mainz besetzt. Custine läßt die bestehende Gesellschaftsordnung fürs erste unangetastet und macht jede mögliche Änderung vom Votum der Bevölkerung abhängig:

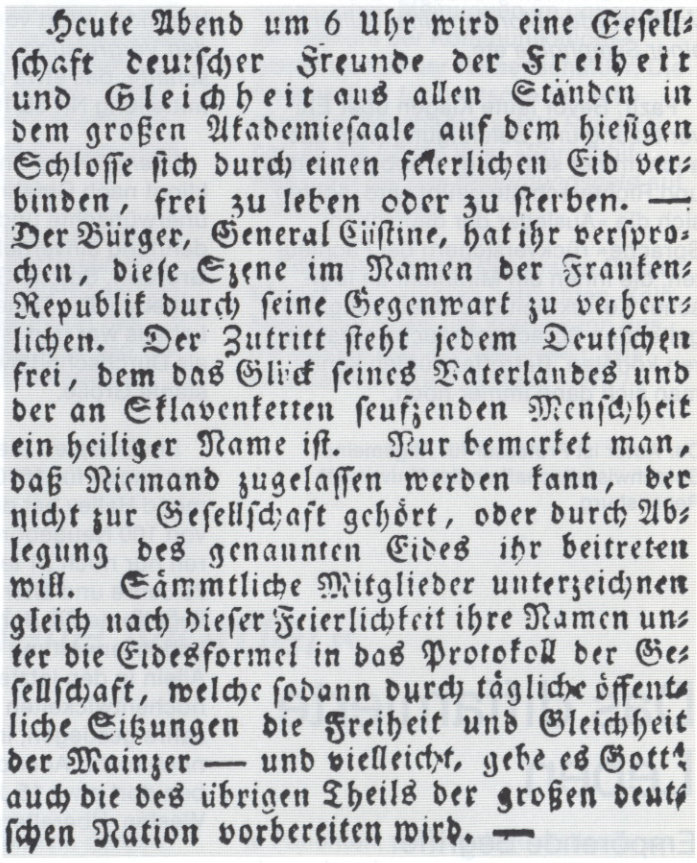
> *»Euer eigener ungezwungener Wille soll Euer Schicksal entscheiden. Selbst dann, wenn Ihr die Sklaverei den Wohltaten vorziehen würdet, mit welchen die Freiheit Euch winkt, bleibt es Euch überlassen, zu bestimmen, welcher Despot Euch Eure Fesseln zurückgeben soll...«* (Aufruf an das gedrückte Volk deutscher Nation, 24. 10. 1792).

Zunächst folgt die Besatzungsmacht diesem liberalen Kurs, doch nur bis zur Jahreswende: Aufgrund »negativer« Erfahrungen mit dem Prinzip der Freiwilligkeit – in Mainz waren die Bürger passiv geblieben, in Belgien hatte die Volksabstimmung gar eine konservative Mehrheit erbracht – beschließt der Konvent in Paris, die Demokratie in den besetzten Gebieten auch gegen den Widerstand der Bevölkerung einzuführen: Die Mainzer Republik tritt in ihre autoritäre Phase ein. Für die Teilnahme an den nun ausgeschriebenen Wahlen ist es Voraussetzung, den »Eid auf Freiheit und Gleichheit« zu schwören, was zu harten Auseinandersetzungen führt. In Mainz kann man bei einer Wahlbeteiligung von nur 8% von einem Wahlboykott sprechen, auf dem Land liegt die Wahlbeteiligung jedoch mitunter höher. Im März 1793 konstituiert sich in Mainz dann der »Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent«, das erste Parlament in Deutschland, das dem Prinzip der Volkssouveränität verpflichtet ist. Dieses Parlament beantragt beim Pariser Konvent den Anschluß der »Rheinisch-Deutschen Republik« an Frankreich. Die militärischen Ereignisse setzten dieser Entwicklung jedoch ein vorzeitiges Ende: Ab April wird Mainz von deutschen Truppen belagert, von nun an diktiert das Kriegsgeschehen den weiteren Verlauf. Mainz kapituliert am 23. Juli 1793.

Die *»Freunde der Freiheit und Gleichheit«*

Sofort nach der Besetzung von Mainz hatte sich die »Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit« gegründet, der Mainzer Jakobinerklub, dem im Laufe der Zeit 500 Mitglieder beitreten – angesichts der damaligen Einwohnerzahl (ca. 22000) ein beachtlicher Erfolg. Wenn die Mainzer Jakobiner sich auch aus allen Gesellschaftsschichten rekrutieren, so wird – was Redebeiträge und Vorsitz angeht – der Klub doch dominiert von Intellektuellen und Beamten.

Die Mainzer Jakobiner werben für eine radikaldemokratische Verfassung, für die *»fränkische* [= französische] *Konstitution«*. Sie vertreten die politische, geistige und wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen sowie die Gleichheit aller vor dem Gesetz, nicht jedoch die soziale Gleichheit. Sie bekämpfen den Absolutismus, im Kurfürstentum Mainz besonders auch den politischen Einfluß der Geistlichkeit, betonen dabei aber die Übereinstimmung der eigenen Konzeption von Demokratie mit dem Christentum. Unter den Bedingungen des Jahres 1792, wo eine demokratische Mainzer Republik als selbständiger politischer Verband kaum lebensfähig erschien, verfolgten sie auch als politisches Ziel den Anschluß an Frankreich. Alles in allem weisen die Zielvorstellungen der Mainzer Jakobiner bemerkenswerte Übereinstimmung mit einem modernen Demokratieverständnis auf, nicht jedoch was Pluralismus oder das Konzept einer institutionalisierten Opposition angeht.


Heute Abend um 6 Uhr wird eine Gesellschaft deutscher Freunde der Freiheit und Gleichheit aus allen Ständen in dem großen Akademiesaale auf dem hiesigen Schlosse sich durch einen feierlichen Eid verbinden, frei zu leben oder zu sterben. — Der Bürger, General Cüstine, hat ihr versprochen, diese Szene im Namen der Franken-Republik durch seine Gegenwart zu verherrlichen. Der Zutritt steht jedem Deutschen frei, dem das Glück seines Vaterlandes und der an Sklavenketten seufzenden Menschheit ein heiliger Name ist. Nur bemerket man, daß Niemand zugelassen werden kann, der nicht zur Gesellschaft gehört, oder durch Ablegung des genannten Eides ihr beitreten will. Sämmtliche Mitglieder unterzeichnen gleich nach dieser Feierlichkeit ihre Namen unter die Eidesformel in das Protokoll der Gesellschaft, welche sodann durch tägliche öffentliche Sitzungen die Freiheit und Gleichheit der Mainzer — und vielleicht, gebe es Gott! auch die des übrigen Theils der großen deutschen Nation vorbereiten wird. —

Aufruf zur Gründung des Mainzer Klubs, 1792

»... daß durch gedruckte Schriften das Volk über seine Rechte aufgeklärt werde«

Der Jakobinerklub ist das Zentrum der politisch-persuasiven Aktivität. Da die Mainzer Jakobiner das Prinzip Volkssouveränität ernst nehmen, wird es für sie zum alles entscheidenden Ziel, die Zustimmung des Volkes zu erlangen. Nachdem sie wissen, daß die Mainzer Bevölkerung in nur geringem Maße politisiert ist und daß ein revolutionäres Bewußtsein bei der Masse des Volkes fehlt, ist die Schaffung

dieses revolutionären Bewußtseins ihr vordringliches Ziel. Aber auch der Anteil der französischen Besatzungsmacht darf nicht unterschätzt werden. General Custine fühlte sich als »Missionar« der Revolution und als solcher plante auch er eine gezielte publizistische Offensive in Mainz. So richtete er zum Beispiel an den Straßburger Jakobinerklub einen Aufruf, ihm fähige Propagandisten zu schicken. Friedrich Christoph Cotta z. B., der später eine der zentralen Figuren im publizistischen Feldzug des Mainzer Klubs werden sollte, kam aufgrund dieses Aufrufs nach Mainz.

> *»Il me faut des orateurs ici et des orateurs allemands. Je veux faire prêcher la révolution française à Spire, à Worms, à Mayence, à Francfort. C'est une mission que je veux établir et non une croisade que je veux faire. Envoyez-moi quelques bons républicains, gens sages, nerveux, écrivant et parlant avec énergie et surtout point ambitieux [...] Il me faut des hommes pour électriser les Mayençais«* (Brief an Beauharnais vom 31. 10. 1792).

Jakobinerklub und französische Besatzungsmacht betrieben die politische Werbung also gemeinsam. Mittels einer Persuasionsoffensive sollte eine Öffentlichkeit geschaffen und zugleich für die revolutionäre Sache gewonnen werden. In den wenigen Monaten französischer Besatzungsherrschaft in Mainz entstand daher eine nie gekannte Flut politischer Schriften. Die Mainzer Demokraten sahen in einer revolutionären Publizistik nicht allein ein Instrument zur Überzeugung der Bevölkerung, sondern geradezu den Garanten für die Revolution:

> *»Etwas von den Superklugen und Supergelehrten.*
> *Es sagte mir neulich ein superkluger und supergelehrter Professor: das republikanische Wesen tauge nichts, oder wenigstens: könne es nicht halten; hievon hätten wir die ältesten Beispiele in der Geschichte von den Römern und Griechen und eben so würde es auch bei den Franken und ihren Nachahmern gehen. Ich antwortete aber diesem superklugen Manne nur mit der einzigen Frage: ob denn auch die Römer und Griechen Druckereien gehabt hätten? Hierauf schwieg er beschämt, und unsere Unterredung hatte ein Ende«* (Der fränkische Republikaner, Nr. 2, 23. 11. 1792, S. 11).

Vollständig verändert zeigte sich zunächst das Mainzer Zeitungswesen: Das »Mainzische Intelligenzblatt mit kurfürstlichem gnädigsten Privilegium« – ein Amts- und Anzeigenblatt – und die »Privilegierte Mainzer Zeitung« – zu kurfürstlicher Zeit die beiden einzigen Mainzer Zeitungen – erschienen bald nach der Besetzung mit verändertem Titel und Inhalt: »Mainzer Intelligenzblatt mit provisorischer Genehmhaltung der fränkischen Nation«, später »... der allgemeinen Administration«, und »Mainzer National-Zeitung«. Hinzu kamen im Oktober und November die Revolutionsblätter »Der Bürgerfreund«, »Der Patriot« und »Der fränkische Republikaner«, im Januar der »Kosmopolitische Beobachter« und Forsters »Neue Mainzer Zeitung« mit dem Untertitel »Der Volksfreund«. Neben diesen sieben Zeitungen und Zeitschriften erschienen über 100 Flugschriften, bei denen es sich oft um gedruckte Reden aus dem Jakobinerklub handelte. Hinzu kamen Flugbätter mit revolutionären Gedichten und Plakate mit Bekanntmachungen, Aufrufen oder Verordnungen.

Mainzisches Intelligenzblatt,
mit kurfürstlichem gnädigsten Privilegium.
Nro 86. Samstag den 27ten im Oktober 1792.

Bemerkenswert ist, daß die große Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften nicht aus wahllos sich überlagernden publizistischen Aktivitäten resultiert, sondern daß eine ausgeprägte Zielgruppenorientierung festzustellen ist: Während die »Mainzer National-Zeitung« gewissermaßen das offizielle Regierungsorgan darstellte, war »Der Bürgerfreund« auf die Landbevölkerung ausgerichtet. Während »Der Patriot« als das theoretische Organ des Jakobinerklubs sich an gebildete Schichten wandte, erreichte das »Mainzer Intelligenzblatt« als Amtsblatt auch diejenigen Schichten, die sonst keine Druckschriften lasen. Die Preise der Druckschriften waren teilweise subventioniert, so daß sie auch für die unteren Bevölkerungsschichten erschwinglich waren: Flugblätter waren sehr billig oder gratis, Flugschriften kosteten zwischen 2 und 8 Kreuzer, Zeitungen monatlich zwischen 8 und 24 Kreuzer. Zum Vergleich: Ein Laib Brot (4,5 Pfd.) kostete ca. 10 Kreuzer.

»Aber dem Publikum haben wir Belehrung versprochen...«

Die jakobinische Publizistik in Mainz stellt sich demnach als breitgefächert, zielgruppenspezifisch differenziert und finanziell erschwinglich dar. Man könnte nun denken, dieses Faktum werde durch den Umstand relativiert, daß der Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung zur Zeit der Mainzer Republik relativ gering war. Bei näherem Hinsehen zeigt sich dann aber, daß die Literalität bei weitem nicht in dem Maße dominiert, wie es zunächst den Anschein hat. Die Verbalisierung war durchaus auf die adressatenspezifischen Rezeptionsmöglichkeiten ausgerichtet. Bei der Betrachtung des sehr breiten Textsortenspektrums der persuasiven jakobinischen Publizistik wird sichtbar, daß zahlreiche Texte entweder primär mündlich realisiert und erst sekundär verschriftlicht oder aber zwar schriftlich fixiert, aber auf Oralität hin angelegt waren. Hierher gehören die monologischen Textsorten REDE, revolutionäre PREDIGT, GEDICHT, LIED und die dialogischen Textsorten GESPRÄCH, DISKUSSION und jakobinisches SCHAUSPIEL. Gleiches gilt für die Textsorten REVOLUTIONÄRER KATECHISMUS, KALENDER und FABEL, die zum Vorlesen und Nacherzählen bestimmt waren. Eher auf Literalität hin angelegte Textsorten wie ZEITUNGSARTIKEL, DENKSCHRIFT, STELLUNGNAHME, ADRESSE, BRIEF, WIDERLEGUNG sind zwar nicht unbedeutend, erscheinen aber eher zweitrangig, wenn die typischen Vermittlungssituationen revolutionärer Ideologie in der Mainzer Republik in den Blick genommen werden: Es handelt sich hierbei um die EINZEL- und KLEINGRUPPEN»MISSIONIERUNG«, die VERSAMMLUNG, die REVOLUTIONÄRE FEIER – besonders das Pflanzen von Freiheitsbäumen –, das THEATER, den UNTERRICHT und, besonders auf dem Lande, auch um den GOTTESDIENST – sämtlich Situationen, die von Mündlichkeit bestimmt sind.

Stadt Mainzisches Intelligenzblatt,
mit
provisorischer Genehmhaltung der fränkischen Nation.
Nro 88. Samstag den 3ten im November 1792.

Gegenüber diesen, dem politischen Relevanzbereich »Ideologie« zuzuordnenden Textsorten dominiert die Literalität innerhalb des politischen Relevanzbereiches »Institution«, der weniger durch die persuasive als durch eine normative Funktion bestimmt ist. Textsorten sind hier VERZEICHNIS, MELDUNG, BERICHT, PROTOKOLL, URKUNDE, BESCHLUSS, ORDNUNG, ERKLÄRUNG, BEKANNTMACHUNG, ANWEISUNG, ERLASS, VERORDNUNG, PROKLAMATION, DEKRET, INSTRUKTION, ULTIMATUM. Hier dominiert gegenüber den zuvor genannten ideologischen Textsorten die normative Funktion, doch tritt die persuasive nicht völlig den Hintergrund. Gerade für die Frühphase der Mainzer Republik ist eine persuasive Überlagerung der normativen Texte typisch: Auch wo Herrschaft artikuliert wird, soll deutlich gemacht werden, daß es sich um legitime, um »Volks«-Herrschaft handelt. Mit der veränderten Besatzungspolitik des Jahres 1793 tritt dieses Bemühen dann aber immer mehr zurück, es wird zunehmend dekretiert.

Unter textsortenhistorischem Blickwinkel bewirkt die Zäsur der Mainzer Republik einen durchgreifenden Funktionswandel der Texte. Textsorten, die zuvor den »Bezugswelten« Alltag, Literatur und Religion zuzuordnen waren, sind nun auf den Bereich Politik, insbesondere Ideologie, zentriert. Weniger scharf ist der Wandel bei den Textsorten, die normative Funktion tragen, doch auch hier ist er spürbar. Mit am deutlichsten wird er dort, wo neue, mit Demokratie verbundene Kommunikationssituationen entstehen wie POLITISCHE VOLKSVERSAMMLUNG, VOLKSBEFRAGUNG, ABSTIMMUNG oder WAHL. In allen Fällen bedingt die vollzogene politische Zäsur eine Zäsur der Textthematik, die sich wiederum am Sprachmaterial, nicht zuletzt am Wortschatz, ablesen läßt.

Insgesamt hat sich in Mainz bis zum Jahresende 1792 ein tiefgreifender Wandel vollzogen. In der ehemals kurfürstlichen Residenzstadt hat eine politische Öffentlichkeit Raum gegriffen. Die öffentliche politische Diskussion ist dominant geprägt von den vielgestaltigen Äußerungen der radikalen Demokraten, zum Teil in Konkurrenz mit selteneren, deshalb aber nicht wirkungslosen gegenrevolutionären Texten. Gerade indem konservative Autoren sich mit Veröffentlichungen wie »Schöne Raritäten zum Zeitvertreib des Mainzer Bürgers beim trocknen Brot und am leeren Kruge [...]« (1793) oder »Etwas über die mainzische Konstitution in einem Sendschreiben des Doktor Gottlob Teutsch an den Verfasser des mainzischen Bürgerfreundes« (Verfasser war der geflohene kurmainzische Hofkanzler

Franz Joseph Freiherr von Albini) an die Mainzer Bevölkerung wandten, bestätigten sie – unabhängig von ihrer gegenwärtigen Intention – die Revolutionäre: Man hatte die aus dem Prinzip der Volkssouveränität resultierende Bedeutung der politischen Öffentlichkeit insgeheim akzeptiert, wenn man nun versuchte, die öffentliche Meinung im eigenen Sinne zu beeinflussen.

Die Sprache der Freiheit

Die Sprache der Freiheit war in der allerersten Zeit der Mainzer Republik die Sprache des Katheders. Die Professoren der Mainzer Universität mußten im Jakobinerklub erst zu Volksrednern werden, zunächst ähnelten ihre Reden aufklärerischen Vorlesungen. Georg Wedekind beispielsweise, der in den ersten Wochen fast zu jeder Sitzung eine Rede hielt, setzte zunächst ganz auf rationale Argumentation. Ein Beispiel:

> *»Unser Mainzer Staat war bis itzt eine elektive Monarchie, er stand unter dem fast unumschränkten Willen eines nicht vom Volke, sondern von einer gewissen Anzahl von adeligen Geistlichen gewählten Fürsten. – Hier bemerke ich gleich folgende große Fehler in unserer* [d.h. der ehemaligen kurfürstlichen] *Verfassung. a) Jede Regierung ist fehlerhaft, welcher ein Regent vorsteht, das heißt, alle Monarchien taugen nichts. Die Beweise sind: 1) Ein einzelner Mensch ist an sich zur Führung einer Regierung untauglich, weil...«* (Jakobinerklub, 27. 10. 1792).

Wedekind setzte auf Aufklärung, das Hauptübel schien ihm die Unwissenheit, die es durch Belehrung auszumerzen gelte:

> *»Die Aufklärung hat auch ihre Feinde unter rechtschaffenen Leuten, die aber noch nicht wissen, was Aufklärung ist, die Zügellosigkeit, Freigeisterei und Aufklärung vermengen. Belehrt, Brüder, diese Betrogenen, und die Freiheit von Mainz wird unerschütterlich fest stehen«* (Etwas über Aufklärung. Jakobinerklub, 28. 10. 1792).

Die Mittel der Aufklärung waren ihm die »Wahrheit« und eine »gerade Sprache«:

> *»Übrigens kann ich Euch nicht unerinnert lassen, daß die gerade Sprache des freien Mannes den verwöhnten Ohren der Höflinge und aller der Leute, die uns nie genau sagen, was sie wollen, sondern uns nur immer raten lassen, was sie eigentlich sagen wollen,* [...] *mißfällig ist. Wir werden aber alle bald finden, daß wir unsere Ohren an eine solche gerade Sprache gewöhnen müssen, weil unser gemeinsames Interesse Offenherzigkeit erfordert und weil wir als freie Männer auch keine Ursache haben, mit unserer Überzeugung hinter dem Berge zu halten. Das einzige, wofür wir uns fürchten müssen, ist die Lüge«* (Jakobinerklub, 29. 10. 1792).

Wedekind sollte sich täuschen. Nicht »die Ohren gewöhnten sich« an den aufklärerischen Argumentationsstil, sondern die Jakobiner – beunruhigt über die ausbleibende Breitenwirkung ihrer Überzeugungsarbeit – entwickelten andere Persuasionsstrategien. Bezeichnend ist die vollkommen veränderte Einschätzung der Notwendigkeiten politischer Rede, die Wedekind etwa vier Monate später in seiner Anweisung »An junge Volksredner« artikuliert:

> *»Lerne, junger Mann, der Du auf das Volk würken willst, lerne vorher auf einzelne Menschen würken! Schaden sogar können Deine Wahrheiten, wenn Du den Zeitpunkt verfehlst. [...] Durch Vernunft allein richtest Du so wenig bei dem Publikum, als bei Individuen, gegen Vorurtheil etwas aus, wenn Du nicht irgend einen andern im Menschen liegenden Affekt zum nahen Bewußtsein bringen kannst. Mit diesem treibst Du dem Menschen sein Vorurtheil aus und Deine Gründe sagst Du dazu, weil man doch so gern will, daß es heiße, man habe nach Vernunft gehandelt.«*

Die hier nicht ohne Zynismus gepriesene Strategie prägt die Rede des 1791 aus Mainz nach Straßburg emigrierten und nach Custines Aufruf als Propagandist nach Mainz zurückgekehrten Philosophieprofessors Anton Joseph Dorsch (Jakobinerklub, 4. 11. 1792). Sein suggestiver, massiv wertender, mit Metaphern angereicherter Redegestus ist exemplarisch für einen zweiten jakobinischen Redestil, besonders für eine Vielzahl jakobinischer Reden der späteren Zeit. Aus der Rede spricht auch der besondere Haß gegen die französischen Emigranten, die seit der Revolution nach Mainz gekommen waren und hier wenig beliebt waren.

> *»Es ist nun ein Jahr, daß ich die reizende Gegend von Mainz und ihre vortrefflichen Bewohner verließ. Wie verschieden war damal[s] ihr Zustand von demjenigen, in welchem sie sich nun befinden. Worms und Mainz waren die Örter, wo die ausgearteten Kinder Frankreichs die Dolche schärften, mit denen sie die Eingeweide ihres Mutterlandes zerfleischen wollten, und diese Bewohner waren Sklaven unter dem schändlichsten Drucke eines ausschweifenden Fürsten und seines Hofgesindels. Doch Retter Custine kam, und die frevelnde Rotte der Aufrührer floh, und die biedern Mainzer können nun frei ihr Haupt erheben. Eben dieser Saal, in welchem die Feinde des Volkes von dessen Schweiße schwelgten, aus welchem die Sprache der Wahrheit verbannt war und in dem oft die höllischen Entwürfe zur Unterjochung der Völker gebrütet wurden, ist nun in einen Tempel der Freiheit und Gleichheit umgewandelt worden.«*

Die agitatorische Strategie erreichte allerdings die Mobilisierung der Gesamtbevölkerung so wenig wie die rationalistische. Eher war hierzu eine dritte Strategie geeignet, die – vergleichsweise modern – stark adressatenorientiert vorging. *»Der semantische Stratege entwickelt [...] Hypothesen über Einstellungen, Vorurteile, Wissen und Informationsdefizite seiner Adressaten. Davon hängt es dann ab, welche Aspekte des Sachverhalts [...] thematisiert und als charakteristisch für den Sachverhalt hervorgehoben werden«* (Klein 1989, 15). Gut greifbar wird diese Strategie in den Texten Cottas, die er für die Landagitation entwarf. Sein »Handwerker- und Bauern-Kalender des alten Vater Gerhard«, die Übersetzung eines französischen, von Jean Marie Collot d'Herbois verfaßten Vorbildes ist ein für die Landagitation exemplarischer Text, in dem das Bemühen zum Ausdruck kommt, durch katechetisch-dialogische Struktur, einfache Wortwahl und pastoralen Ton den vermuteten Rezeptionsmöglichkeiten der Landbevölkerung entgegenzukommen:

> *»Erstes Gespräch. Von der Konstitution*
> *Vater Gerhard pflegte immer zu seinen Mitbürgern zu sagen:*
> *O wie schön, wie gut ist doch die Konstitution von Frankreich!*
> *Die macht uns und unsre Kinder glüklich!*
> *Nachbar Andreas kam herbei, indem er sich hinter dem Ohr krazte, und ließ sich mit Gerhard in folgendes Gespräch ein:*
> *Vater Gerhard, sagte er, was ist denn das, die Konstitution, oder wie ihr es heist? Ich weiß wohl so ungefähr, was ihr damit sagen wollt, und ich habe sie von Grund meines Herzens lieb und in Ehren, aber das Wort da verstehe ich doch nicht recht. Warum heißt man denn all das Gute, was man seit 4 Jahren in Paris gemacht hat und noch macht, die Konstitution?*
> *Lieber Nachbar, antwortete Vater Gerhard, das Wort Konstitution bedeutet Einrichtung einer Sache, die Verbindung der Theile einer Sache oder eines Körpers, wo alles so beschaffen ist, so steht, so zusammen paßt, daß man davon dem Körper eine lange Dauer versprechen darf. Zum Exempel: [...]«* (Mainz 1793).

Tatsächlich fanden die Ideen der Jakobiner unter der Landbevölkerung vergleichsweise viel Anklang. Es wäre jedoch voreilig, dies allein auf die sprachliche Persuasionsstrategie zurückzuführen. Mindestens ebenso wichtig war, daß die materielle Situation der Landbevölkerung sehr viel dramatischer war als in der Stadt, so daß die revolutionäre Werbung hier auf fruchtbareren Boden fiel. Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Stadtbürger war besser und ein gewisser Teil der Bevölkerung sah im kurfürstlichen Hof und seinem Bedarf sogar den Garanten seiner wirtschaftlichen Prosperität; ein Aspekt, den die Gegenrevolution zu nutzen wußte.

»Neufranken, so werden wir in Zukunft die Franzosen nennen ...«

Man kann eine neue Zeit nicht in alten Begriffen ausrufen. Die veränderten Kommunikationsbedürfnisse innerhalb der Mainzer Republik erforderten Innovationen des lexikalisch-semantischen Inventars. Es liegt auf der Hand, daß diese Innovation nur zu einem geringen Teil »indigenen« Ursprungs sind, überwiegend sind sie durch das Französische beeinflußt.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Franzosen in der Mainzer Republik keine Französisierungspolitik betrieben, sondern den Mainzern sprachlich entgegenkamen, z.B. durch Übersetzung der meisten Verlautbarungen ins Deutsche. Auch in Frankreich selbst folgt man zu dieser Zeit noch der »Übersetzungspolitik«, nicht dem Ziel der Vernichtung der »patois«. Erst die zweite französische Herrschaft in Mainz (1797–1814), die von Anfang an mit dem Ziel der Annexion

angetreten war, versuchte mehrfach (1798 und 1810), das Französische als Staatssprache einzuführen, was dann auch zu Sprachkonflikten führte.

»Lehnwörter« und »Fremdwörter« aus dem Französischen sind zur Zeit der Mainzer Republik seltener, als man annehmen könnte, und begegnen besonders im Wortschatz der institutionellen Terminologie. Die von Custine vorläufig im Amt bestätigten Stadträte nennen sich beispielsweise *les municipeaux provisoirement conservés* und unterzeichnen ihre Anordnungen mit *von Munizipalitätswegen.* Als Ende November eine neue Verwaltung mit politisch »zuverlässigen« Beamten eingesetzt wird, heißen die Stadtversammlungen *Munizipalitäten,* die Stadträte *Munizipalen,* der Bürgermeister *Maire,* sein Schreiber *Secrétaire* und dessen Stellvertreter *Greffier de la Municipalité.* Der Prozeß der Durchsetzung der neuen Verwaltungsstruktur im gesamten linksrheinischen Gebiet heißt *Munizipalisierung.* In ähnlicher Weise wurden auch andere Verwaltungshierarchien benannt: Das »Mainzer Intelligenzblatt« informiert z.B. am 2. 1. 1793 (S. 1) darüber, daß zu den bestehenden *»Polizeidienern« »wenigstens 12 mit der Benennung Sergeants de Police ernannt werden«.* Die Benennung fügt sich in eine Hierarchie, die z.B. auch einen *Administrateur de Police* und einen *Officier de Police* kennt.

Auch in der persuasiven Ideologiesprache finden sich materiale Übernahmen aus dem Französischen, doch handelt es sich hier meist um Zentralbegriffe der Revolution. Oft war das Wort schon früher ins Deutsche gekommen und erlebte nun unter aktuellem französischen Einfluß eine Weiterentwicklung der Bedeutung. (Vgl. *Despot* »Fürst« → »Gewaltherrscher«; *Patriot* »Person mit großer Vaterlandsliebe« → »Republikaner, Demokrat«.)

Häufiger als Lehnwörter sind Lehnprägungen, die in persuasiver Kommunikation insofern einen idealen »Transmissionsriemen« zwischen beiden Sprachen und Kulturen darstellen, als sie eine Begriffsübernahme ermöglichen, ohne fremdsprachige Wörter neu einführen zu müssen. Hierher gehören Lehnübersetzungen wie *öffentliche Meinung (opinion publique), Preßfreiheit (liberté de la presse),* aber auch das gegenrevolutionär-spöttische *Ohnehosen (sansculottes).* Auch zahlreiche Belege für Lehnbedeutungen sind in den Mainzer Texten zu finden. Interessant ist z.B. die Bedeutungserweiterung von *Bürger,* das unter französischem Einfluß *(citoyen)* die Bedeutung »Staatsbürger« und die Anredefunktion übernimmt, oder die Bedeutungsveränderung von *Volk,* das nun »die Gesamtheit der Staatsbürger« bezeichnet.

Bedeutungsentlehnungen haben einen begrifflichen Ausgleich zwischen den Sprachen zum Ergebnis, und ein solcher war durchaus im Sinne der Mainzer Demokraten, gab er doch ihrer kosmopolitischen Haltung Ausdruck: *»Unsere Sprachen sind verschieden, – müssen es darum auch unsere Begriffe sein? Sind Liberté und Égalité nicht mehr dieselben Kleinode der Menschheit, wenn wir sie* Freiheit *und* Gleichheit *nennen?«* (Forster, Über das Verhältnis der Mainzer gegen die Franken). Die Bedeutungsveränderung von *Franke* kann auf diesem Hintergrund als geglückte – wenn auch nicht stabile – Innovation bezeichnet werden. *»Als nun die Franzosen oder, wie man sie jetzt nennen muß, die Franken sich frei machten, so freute ihn das ungemein«* (Cotta, Handwerker- und Bauernkalender des alten Vaters Gerhard). Zum einen markiert diese Benennung die gewünschte Einheit aller »Franken«, zum zweiten baut sie über das ältere Lehnwort *frank* (< frz. *franc*) die Assoziation zu frei auf *(frank und frei)* und zum dritten unterbindet sie denkbare pejorative Konnotationen von *Franzosen.* An eine historische Bedeutung von *Franken* (die *Freien Franken,* die im Unterschied zum Volk frei *(franc)* von Abgaben waren) erinnert zudem der gleichfalls verbreitete Ausdruck *Neufranken:* die, die sich erneut befreit haben.

Semantische Kämpfe

Der politische Wortschatz war auch in der Mainzer Republik keineswegs unstrittig, und um die Bedeutung politischer Zentralbegriffe entbrannten mitunter semantische Kämpfe. Eine interessante Quelle für solche semantischen Kämpfe sind die in der Mainzer Republik immer wieder erscheinenden »Widerlegungen« gegenrevolutionärer Schriften: Als Zeichen der Souveränität im Umgang mit gegenrevolutionärer Propaganda wurde letztere in mehreren Fällen nicht einfach unterdrückt, sondern, mit einer Widerlegung versehen, gedruckt und verbreitet. In solchen Texten tritt dann die politische Bedeutungskonkurrenz offen zutage: So polemisiert der oben genannte »Dr. Gottlob Teutsch« – das Pseudonym ist Programm – in seiner o.a. Schrift gegen den jakobinischen Gleichheitsbegriff, indem er ihn strategisch in Richtung auf totale soziale Gleichheit »abbiegt«: *»persönliche Gleichheit* [sei] *philosophischer Unsinn* [...] *Wenn Sie, meine Herren Republikaner (woran ich mir die Freiheit nehme zu zweifeln) mit der Geschichte aller Völker bekannt sind: so müssen Sie gesehen haben, daß nur da allein die liebe Gleichheit herrscht, wo man von keinem Unterschiede unter reich und arm, von keinem Privateigentum wußte.«* Kaspar Hartmann in seiner Widerlegung: *»Überhaupt beweisen Sie durch all das Gerede nichts, als daß Sie eigentlich gar nicht wissen, wovon die Rede ist* [...] *Soviel kann ich Ihnen sagen, daß von körperlicher Gleichheit nicht die Sprache ist,* [...] *sondern daß man auf gleiche Rechte eines jeden Staatsbürgers an der Gesetzgebung und an der Ausübung derselben und auf die Abstellung aller Privilegien, die nur als Beeinträchtigung des Dritten gelten können, zielt.«* Polemische Zuspitzung erfährt eine solche semantische Auseinandersetzung bei dem folgenden Beispiel zum Freiheitsbegriff, den Wedekind im Klub (30. 10. 1792) wie folgt definiert: *»Die Privatfreiheit ist nichts anders als die Befugnis, alles tun zu können, was die Vernunft mir erlaubt; die öffentliche oder Volksfreiheit ist die Befugnis, alles tun zu können, was die Volksgesetze nicht ausdrücklich untersagen.«* Eine gegenrevolutionäre Flugschrift von 1793 sieht das anders: *»Ist das nicht Freiheit bei euch: nach Wohlgefallen Menschen zu morden – im Blute zu baden und auf dem Leichnam seiner Brüder den Chanson ›ça ira, ça ira‹ zu singen?«*

Semantische Kämpfe können sich nicht allein an konkurrierenden Bedeutungen, sondern auch an konkurrierenden Bezeichnungen entzünden. Die Mitglieder des Jakobinerklubs werden z.B. von demokratischer Seite als *Freunde der Freiheit und Gleichheit, Jakobiner, Freiheitskämpfer, Freiheitsfreunde, Demokraten,* oder einfach als *Brüder* angesprochen, für die Gegenseite sind sie *Freiheitseiferer, -ritter, -prediger, -schreier, -schwindler, -apostel, Demokraten-Hunde* oder schlicht *Narren.* Mitunter gab es aber auch Stimmen, die dazu mahnten, über semantischen Gefechten die soziale Realität nicht zu vergessen. In der Auseinandersetzung, ob man noch von *Armen* sprechen sollte oder nicht korrekter von *Hilfbedürftigen,* fordert August Friedrich Rulffs, schon unter dem Kurfürsten »Armenvater« und nun Mitglied des Jakobinerklubs, *»nicht Veränderungen in gewohnten Benennungen, sondern wahre thätige Pflicht [...]«.*

Der politische Wortschatz in der Mainzer Republik war durch eine Vielzahl lexikalisch-semantischer Innovationen geprägt, die der Bevölkerung – bei der Geschwindigkeit der politischen Veränderung – unmöglich alle bekannt sein konnten und die daher zum Ansatzpunkt für semantische Offensiven der Gegenrevolution wurden. Die Jakobiner mußten daher bemüht sein, die eigene semantische Position durchzusetzen. In den Texten der Mainzer Republik – wie überhaupt in der Revolutionspublizistik – schlägt sich dieses Bemühen in einem hohen Anteil metasprachlicher Äußerungen nieder. Ein erstes Verfahren des bewußten metasprachlichen Zugriffs ist die Definition. Dieses Verfahren lag den akademisch geschulten Jakobinern natürlich besonders nahe und ist daher in den Texten der Zeit besonders häufig anzutreffen:

> *»Die Worte* Despot, Despotie, Monarch, Monarchie, Aristokrat, Aristokratie, Demokrat, Demokratie, Republik, Republikaner *usw. hörtet Ihr seit dem Anfang der französischen Revolution täglich nennen, und ich zweifle nicht, daß viele unter uns wohl wissen, was diese Ausdrücke bedeuten; aber dem Publikum haben wir Belehrung versprochen, und darum müssen wir durch wechselseitigen Unterricht unsere Begriffe über diese Dinge uns möglichst deutlich zu machen suchen«* (Wedekind im Jakobinerklub. Vgl. Scheel 1975, S. 118).

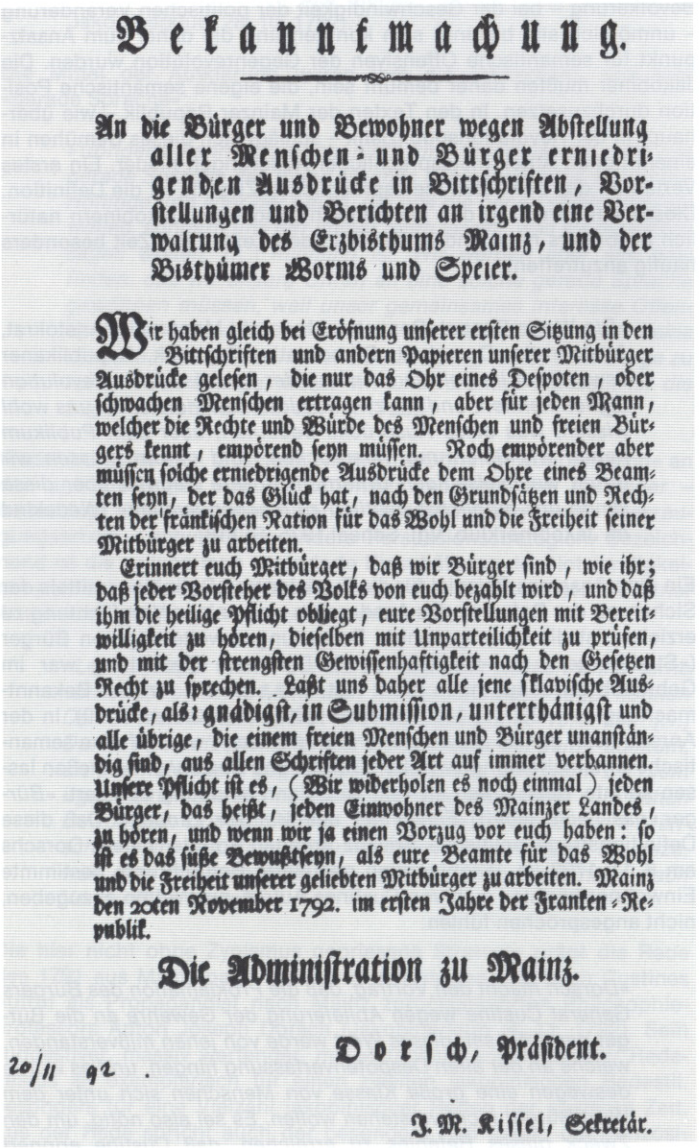
Ein einprägsames Beispiel für die Funktion von Definition, mittels der Sicherung der Referenz des Ausdruckes eine solche Verpflichtung zu erzielen, ist die oben genannte Bedeutungserweiterung von Bürger (»Stadtbürger« zu »Staatsbürger«). Die neue Bedeutung war im Gebrauch durchaus noch nicht fest, wie sich z.B. an der Bekanntmachung vom 20. 11. 1792 ablesen läßt (siehe Kasten S. 10). In der Anrede heißt es *»An die Bürger und Bewohner«,* was auf eine semantische Unterscheidung zwischen *Bürger* und *Bewohner* schließen lassen könnte, doch unten im Text wird dann eindeutig definiert. *»Bürger, das heißt, jede*[r] *Einwohner des Mainzer Landes«.* Daß diese Definitionsfrage politische Brisanz erhalten konnte, belegt Dorschs am 6. 11. 1792 im Jakobinerklub geäußerte Befürchtung, bestimmte Einwohner könnten sich von Custines Aufruf, die Waffen abzugeben, nicht angesprochen fühlen:

> *»Dorsch macht den Vortrag, daß die Proklamation des Bürgers General Custine wegen Ablieferung der Gewehre an die* Bürger *gerichtet sei; dieses Wort werde von jenen mißverstanden, welche an der alten Despotenverfassung hingen, und es würde deswegen eine große Klasse von Menschen sich unter dem Wort* Bürger *nicht verstehen wollen. Es sei also nötig, um den Zweck dieses Befehles zu erreichen, daß Custine erinnert werde, das Wort* Bürger *öffentlich zu erklären und auf alle Einwohner zu erstrecken.«*

Die Definition hat, wie sich hier zeigt, im politischen Raum eine nicht bloß technische Funktion. Die öffentliche Referenzfestlegung sollte es einer bestimmten Gruppe von Einwohnern unmöglich machen, unter listiger Berufung auf eine ungeklärte Semantik im Besitz von Waffen zu bleiben.

In der Bekanntmachung vom 20. 11. 1792 kommt ein weiteres Verfahren, in den öffentlichen Sprachgebrauch einzugreifen, zum Ausdruck: die explizite Sprachregelung. Bestimmte *»sklavische Ausdrücke«*, die mit dem beseitigten Herrschaftssystem assoziiert wurden und eine unterwürfige, mit den Prinzipien der Volkssouveränität unvereinbare Haltung markierten, sollten beseitigt werden. Die Durchsicht von Briefen an die revolutionären Verwaltungen zeigt allerdings, daß die Bürger solche Veränderungen nur in sehr unterschiedlichem Maße rezipierten: Besonders die gebildeten, schriftsprachlich gewandteren (und wohl auch politisch wendigeren) Schreiber sind es, die zur Anrede *»Bürger Munizipalbeamte«*, *»Bürger Munizipale«* o.ä. übergehen und mit ihrem einfachen Namen zeichnen. Andere verharren jedoch trotz der öffentlichen Sprachregelung in den überkommenen Floskeln und ersetzen lediglich die Termini der kurfürstlichen Verwaltung durch die neuen:

> *»Als gelanget an eine Hochpreißliche Munizipalität meine gehorsame Bitte, Hochdieselbe wolle Hochgeneigt geruhen, mir die oberwähnte Stelle zu conferieren. Ich werde durch steten Diensteifer und unverbrüchliche Treue mich dieser anvertrauten Stelle würdig zu machen suchen und harren in schuldigster Ehrfurcht.*
> *Einer Hochpreißlichen Munizipalität gehorsam bittender*
> *Xtian Eberle*
> *Bürger und Zimmermann dahier«*



Bekanntmachung.

An die Bürger und Bewohner wegen Abstellung aller Menschen- und Bürger erniedrigenden Ausdrücke in Bittschriften, Vorstellungen und Berichten an irgend eine Verwaltung des Erzbisthums Mainz, und der Bisthümer Worms und Speier.

Wir haben gleich bei Eröfnung unserer ersten Sitzung in den Bittschriften und andern Papieren unserer Mitbürger Ausdrücke gelesen, die nur das Ohr eines Despoten, oder schwachen Menschen ertragen kann, aber für jeden Mann, welcher die Rechte und Würde des Menschen und freien Bürgers kennt, empörend seyn müssen. Noch empörender aber müssen solche erniedrigende Ausdrücke dem Ohre eines Beamten seyn, der das Glück hat, nach den Grundsätzen und Rechten der fränkischen Nation für das Wohl und die Freiheit seiner Mitbürger zu arbeiten.

Erinnert euch Mitbürger, daß wir Bürger sind, wie ihr; daß jeder Vorsteher des Volks von euch bezahlt wird, und daß ihm die heilige Pflicht obliegt, eure Vorstellungen mit Bereitwilligkeit zu hören, dieselben mit Unparteilichkeit zu prüfen, und mit der strengsten Gewissenhaftigkeit nach den Gesetzen Recht zu sprechen. Laßt uns daher alle jene sklavische Ausdrücke, als: gnädigst, in Submission, unterthänigst und alle übrige, die einem freien Menschen und Bürger unanständig sind, aus allen Schriften jeder Art auf immer verbannen. Unsere Pflicht ist es, (Wir widerholen es noch einmal) jeden Bürger, das heißt, jeden Einwohner des Mainzer Landes, zu hören, und wenn wir ja einen Vorzug vor euch haben: so ist es das süße Bewußtseyn, als eure Beamte für das Wohl und die Freiheit unserer geliebten Mitbürger zu arbeiten. Mainz den 20ten November 1792. im ersten Jahre der Franken-Republik.

Die Administration zu Mainz.

Dorsch, Präsident.

20/11 92.

J. M. Kissel, Sekretär.

(Anton Josef) Dorsch: Bekanntmachung. Mainz 20. November 1792

Der Zwang zur Freiheit

Oben wurde von semantischen Konflikten, semantischen Kämpfen zwischen den gegnerischen politischen Lagern gesprochen. Als »Textfunktionskonflikt« wird demgegenüber ein Phänomen angesprochen, das zwar nicht nur der Mainzer Republik eigen ist, hier aber eindrucksvoll zu beobachten ist: der außersprachlich bedingte Widerstreit von Funktionen ein und desselben Textes.

Diese Konflikte müssen auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß die »revolutionäre Sache«, für die die Mainzer Jakobiner fochten, nicht mit »Revolution« gleichzusetzen ist: Ziel war nicht der Aufstand, die revolutionäre Aktion, sondern der aktive Nachvollzug des auf militärischem Wege schon Erreichten: Die bisherige Obrigkeit – Kurfürst und Hof – mußte nicht erst gestürzt werden, sie war schon vor der französischen Besatzungsmacht geflohen. Gemeinsam mit dieser versuchten nun die Mainzer Demokraten, der Bevölkerung die Tatsache vor Augen zu führen, daß die »Eroberung« eine »Befreiung« war. Die revolutionäre Aktion sollte durch einen Wahlakt ersetzt werden.

Konfrontiert man das spezifische Verhältnis von Sprache und Politik in der Mainzer Republik mit dem Verhältnis von Sprache und Politik in der Französischen Revolution, so erscheint es zu diesem – etwas vergröbernd gesprochen – geradezu spiegelbildlich vertauscht: In der Französischen Revolution waren sprachliche Äußerungen das entscheidende Movens der gesellschaftlich-politischen Entwicklung: *»Die gegenwärtige Revolution ist das Werk der Literatur und der Philosophie«* (Graf Mirabeau). Die Ideen der Aufklärer wurden zuerst durch Broschüren und Pamphlete verbreitet und mündeten dann in die politische Aktion: Die Öffentlichkeit erobert die Politik. In Mainz hingegen eroberte die Politik die Öffentlichkeit. Nach stattgehabter militärischer Aktion sollten Broschüren und Pamphlete die Bevölkerung aufklären. Die Konstellationen in der Französischen Revolution und in der Mainzer Republik sind beide Ausdruck der grundlegenden Analogie von Sprache und Politik, allerdings mit umgekehrter Priorität von »Basis« und »Überbau«.

Diese Situation in Mainz 1792/93 ist natürlich keine singuläre historische Erscheinung, sondern immer dann anzutreffen, wenn ideologisch konträre Systeme einander ablösen und der Machtwechsel dem Wechsel der Überzeugungen vorausgeht – man denke nur an die intensive »Umerziehung« in den beiden Teilen Deutschlands nach 1945. In der Mainzer Republik jedenfalls hat diese Tatsache, die auch darin zum Ausdruck kam, daß das Subjekt der revolutionären Persuasion nicht Gegenspieler der aktuellen Obrigkeit, sondern mit ihr identisch oder zumindest zielidentisch war, für die gesamte Kommunikationsstruktur bedeutende Konsequenzen. Hier ist auch der Grund für tiefliegende Widersprüche zu suchen.

Ausdruck dieser Widersprüche sind zum Beispiel die Texte zur Pressefreiheit in der Mainzer Republik, eine für die Jakobiner zweifellos zentrale Frage: Da im Kurfürstentum Pressezensur herrschte und mit einem Edikt vom 10. 9. 1790 sogar verordnet wurde, *»daß alle Reden und Gespräche gegen Religion, Sitten, Staat und Landesherrliche Verordnungen unterbleiben«*, war den Mainzer Jakobinern prinzipiell an *Preßfreiheit* gelegen: *»In guten Demokratien wird die Freiheit, zu reden und drucken zu lassen, heilig gehalten, weil sie das Mittel ist, jedem schlechten Kerl die Larve abzuziehen«*. Demgemäß forderte Wedekind auch schon in der dritten Klubsitzung, am 25. Oktober 1792, *»bei dem General Custine um Pressefreiheit und Haltung der Gerichtspflege mit offenen Türen anzusuchen«*. Als die entsprechende Verordnung dann aber am 24. November 1792 im »Mainzer Intelligenzblatt« verkündet wird, heißt es:

> *»Da die Preßfreiheit die wahre Schutzwehr freier Völker gegen alle Arten des weltlichen und geistlichen Despotismus ist, so können wir [...] nicht säumen, die sämtlichen Einwohner der Städte und des Landes, welche unserer allgemeinen Administration untergeordnet sind, an dieses unverweigerliche Recht zu erinnern, und alle desfalls noch vorwaltende Zweifel und Bedenklichkeiten, welche noch von dem sonst eingerissenen Mißbrauche der willkürlichen Gewalt in ihren Gemüthern haften möchten, gänzlich aus dem Wege zu räumen.«*

Im Text folgen erste restriktive Bemerkungen, die dann in den folgenden Schlußsatz münden:

> *»Zugleich hat die Munizipalität zu wachen, daß [...] Volksfeindliche Schriften, sie mögen herkommen, woher sie immer wollen, nicht verkauft und verbreitet werden, und die Verkäufer und Verbreiter derselben, als Feinde des allgemeinen Wohls anzusehen, und zu bestrafen«* (stark gekürzt).

Hier wird in einem einzigen Text Pressefreiheit zuerst emphatisch verkündet und dann – als allgemeine – praktisch wieder aufgehoben.

Es ist darin zunächst ein textinterner Widerspruch zu sehen, doch verweist dieser auf einen textexternen Widerspruch: auf die Antinomie von Besatzungsregime und revolutionärer Mission. Der fundamentale Gegensatz zwischen den Interessen der französischen Besatzungsmacht, die Mainzer einerseits zu kontrollieren und andererseits zu »revolutionieren«, war inhaltlich nicht vereinbar und hatte eine paradoxe Kommunikationssituation zum Ergebnis, die schon Georg Forster bewußt war, wenn er beklagte, daß die Mainzer *»ohne den gnädigsten Befehl des Herrn Generals durchaus nicht frei sein«* wollten. Der Versuch, die kommunikative Paradoxie auf der Textebene aufzulösen, hatte Texte wie den zitierten zum Ergebnis, die zugleich Folge und Indikator eines politischen Widerspruchs sind. In anderen Texten kann man lesen, daß den Bürgern unter Androhung von Strafe *befohlen* wird, den Eid auf *Freiheit und Gleichheit* zu leisten, oder daß die Administration die Entstehung revolutionärer Volksgesellschaften begrüßt, von ihnen aber im gleichen Text *»Unterwerfung gegen die bestehenden Obrigkeiten«* verlangt.

Die genannten Widersprüche enthielten »Freiheit« aber wenigstens als Option. Die weitere Entwicklung innerhalb der Mainzer Republik führte dann zur Auflösung der politischen Antinomie. Das Kontrollinteresse der Besatzungsmacht verdrängte die revolutionär-demokratische Mission: Ein Dekret der »Allgemeinen Administration« vom 17. April 1793 untersagte den Druck von Zeitungen und Flugschriften und führte die Zensur wieder ein. Es wurde *»sämtlichen Buchdruckern befohlen [...], keine Zeitung noch andere Schriften in den Druck zu nehmen, wovon aber die fernere Auflegung des Intelligenzblattes jedoch mit dem Vorbehalte ausgenommen bleibt, daß dasselbe dem Comité de police zur vorherigen Durchsicht jedesmal zugestellt werde«.* Hier sind keine textuellen Widersprüche mehr erkennbar, doch auch nach der demokratischen Option wird man vergebens suchen.

Die (Un)wirksamkeit von Sprache

Als dieses Dekret verkündet wurde, lag die liberale Phase der Mainzer Republik erst vier Monate zurück, doch die demokratische Option war längst beseitigt. Der Flugschriftendruck war seit Anfang des Jahres stark zurückgegangen, die ersten Zeitungen hatten im Februar ihr Erscheinen eingestellt. Der Jakobinerklub war am 14. März durch die Pariser Kommissare aufgelöst worden. Mainz war seit dem 14. April von deutschen Truppen belagert. Der Eid auf »Freiheit und Gleichheit« wurde durch Ausweisung und Enteignung erzwungen. Das böse Wort vom *Despotismus der Freiheit«* machte die Runde.

Die Mainzer Jakobiner waren mit ihrer politischen Werbung für Freiheit, Gleichheit und Demokratie schon zuvor gescheitert, nach Anfangserfolgen war ihnen die Mobilisierung der Mainzer Bevölkerung letztlich nicht geglückt. Doch dieses Scheitern ist den sprachlichen Mitteln der jakobinischen Propaganda wohl kaum zuzurechnen. Die breitgefächerte Persuasionsoffensive, die die unterschiedlichsten Kommunikationsmittel nutzte und auch materiell gut abgesichert war, hätte ihren Zweck schon erreichen können. Allenfalls eines könnte man den Jakobinern vorwerfen, nämlich ihre falsche, möglicherweise illusionistische Einschätzung der Ursachen für die Zurückhaltung der Mainzer Bevölkerung. Es mag zwar sein, daß die Menschen in *»Vorurtheilen«* befangen waren. Mehr aber noch machten ihre realen Interessen eine Entscheidung für die Revolution unwahrscheinlich: Hierzu zählten die Wirtschaftsinteressen der Mainzer Zünfte, die teilweise vom Hofe abhängig waren. Hierzu zählte auch, daß die Landbevölkerung keine spürbare Veränderung ihrer materiellen Lage wahrnahm. Vor allem aber war in Mainz die unbestimmte Kriegslage nicht verborgen geblieben. Auf dem Hintergrund der schon seit Dezember wieder auf Mainz vorrückenden deutschen Truppen wurde die Reichsacht, die Kaiser Franz II. über Kollaborateure verhängte, durchaus ernstgenommen. Man fürchtete die unterschiedlichsten negativen Konsequenzen für den immer wahrscheinlicher werdenden Fall einer militärischen Rückeroberung von Mainz, und die Lynchjustiz im Juli 1793 zeigte, wie berechtigt diese Furcht war.

Es waren also manifeste Interessen und Befürchtungen, die viele Mainzer gegen die Werbung der Demokraten »immun« machten. Dies ist zu bedenken, wenn man hie und da geneigt sein sollte, der »Manipulation« oder »Verführung« der Menschen durch Sprache einen allzu großen Raum zuzumessen.

Literaturhinweise

Abdelfettah, Ahcène: Die Rezeption der Französischen Revolution durch den deutschen öffentlichen Sprachgebrauch. Untersucht an ausgewählten historisch-politischen Zeitschriften (1789–1802). Heidelberg 1989.

Dumont, Franz: Die Mainzer Republik von 1792/93. Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz. Alzey 1982.

Grab, Walter: Die Revolutionspropaganda der deutschen Jakobiner 1792/93. In: Archiv für Sozialgeschichte 9 (1969), S. 113–156.

Klein, Josef: Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein J. (Hrsg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen 1989, S. 3–50.

Guilhaumou, Jacques: Sprache und Politik in der Französischen Revolution. Vom Ereignis zur Sprache des Volkes (1789–1794). Frankfurt/Main 1989.

Scheel, Heinrich: Die Mainzer Republik. Bd. 1: Protokolle des Jakobinerklubs. Berlin 1975. Bd. 2: Protokolle des Rheinisch-deutschen Nationalkonvents mit Quellen zu seiner Vorgeschichte. Berlin 1981 [Die im Text erwähnten Quellen wurden meist nach dieser Ausgabe zitiert].

Scherpe, Klaus R.: »... daß die Herrschaft dem ganzen Volke gehört!« Literarische Formen jakobinischer Agitation im Umkreis der Mainzer Revolution. In: Gert Mattenklott/Klaus R. Scherpe (Hrsg.): Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Jakobinismus. Kronberg/Ts. 1975.

Der Autor ist Hochschulassistent am Deutschen Institut der Universität Mainz.

Leserforum

Sprachwächter h. c.

Zur Glosse »Die Sprachwächter« (SPRACHREPORT 4/89, S. 4f.)

Die (etwas mißratene) Glosse über die Sprachwächter ist sicher nicht nur in meinen Augen ein Ärgernis. Bevor der Autor (ausgerechnet ein Professor für Anglistik!) zu einer neuen Attacke gegen diejenigen ansetzt, die sich noch einen Rest von Sprachgefühl bewahrt haben, möge er sich doch einmal eingehend darüber informieren, welcher sprachliche Schwachsinn von den elektronischen Medien, insbesondere vom Fernsehen, und von der Werbebranche abgesondert wird. Bei der Letzteren ist es nun schon soweit gediehen, daß auf einigen Werbeplakaten kein deutsches Wort mehr zu finden ist. Bei elektronischen Geräten ist das zum größten Teil zu tolerieren, weil die englischen Bezeichnungen gewissermaßen mit den Geräten »entwickelt« worden sind. Daß beispielsweise das Wort *Tuner* dem Bandwurm *Abstimmungsgerät* vorzuziehen ist, steht außer Frage. Nicht einzusehen ist aber, daß eine – noch so kümmerliche – Erklärung eines Politikers unbedingt zu einem *Statement* werden muß.

Den Ausführungen über die *Grufties, Schlaffies, Zombies* usw. stimme ich voll zu, denn diese Eintagsfliegen der Jugendsprache werden eines Tages durch andere ersetzt oder verschwinden ganz. Wer spricht denn heute noch von einem *steilen Zahn?* Die Herren der Dudenredaktion dürften ganz schön ins Schwitzen kommen, wenn sie bei der Neu-Auflage des ersten Bandes des DUDEN diese und viele andere »Neuheiten« berücksichtigen wollen.

Ich war bisher der offenbar irrigen Meinung, es sei nicht zuletzt Aufgabe des Instituts für deutsche Sprache, wenigstens auf den schlimmsten Sprachunfug hinzuweisen. Daß der nicht mehr auszurotten ist, darüber gibt es kaum Zweifel.

Helmut Zimmermann, Stuttgart
Sprachwächter h. c.

> Was in den Zeitungen aller Parteien auffällt, ist ein von Wichtigkeit triefender und von Fachwörtern schäumender Stil. Die Unart, in alle Sätze ein Fachadverbium hineinzustopfen, ist nunmehr allgemein geworden. Man sagt nicht: »Der Tisch ist rund.« Das wäre viel zu einfach. Es heißt: »Rein möbeltechnisch hat der Tisch schon irgendwie eine kreisrunde Gestalt.« So heißt das.
>
> Kurt Tucholsky

»WILDE PFLANZEN OHNE NÄHRENDE FRUCHT«

Der politisch-soziale Wortschatz bei den Brüdern Grimm

von Werner Holly

Die Behandlung des politisch-sozialen Wortschatzes durch die Brüder Grimm in ihrem »Deutschen Wörterbuch« kann am ehesten durch das Prädikat »Ausblendungen« charakterisiert werden. Erstens wird ein Großteil des Wortschatzes gar nicht aufgenommen (Lemmalücken) oder politische Bedeutungen gebuchter Wörter bleiben unberücksichtigt (Bedeutungslücken). Von 98 überprüften politischen Wörtern aus der Strecke *A – Frucht,* die von den Grimms bearbeitet wurde, fehlen 46 ganz, bei weiteren 16 fehlt die politische Bedeutung. Zweitens sind die Bedeutungsbeschreibungen politisch-sozialer Ausdrücke, soweit sie überhaupt vorkommen, entweder nur implizit oder sehr kurz (bei 22 von 36 verbleibenden Wörtern) oder sie begnügen sich mit der Erschließung eines »Urbegriffs«, der für die aktuelle politische Bedeutung nur selten aufschlußreich ist. Wo einmal interessante Ergebnisse herauskommen, wie etwa im Artikel *ARBEIT,* oder wenigstens politisch relevante Differenzierungen, wie bei *BÜRGER,* scheinen sie dem Umstand zu verdanken zu sein, daß der von Wilhelm Grimm beschworene »natürliche Tact« (bzw. die lexikographische Tradition) mehr oder weniger zufällig darauf geführt haben.

Was sind nun Gründe für den – zumindest aus heutiger Sicht – wenig befriedigenden Umfang mit einem so wichtigen, allerdings auch bis heute schwierigen Wortschatzbereich?

Fremdwortpurismus, Historismus und das Volkstümliche

Für die Lemmalücken ist zum allergrößten Teil die Einstellung der Grimms zur Fremdwortfrage verantwortlich: 42 der 46 fehlenden Wörter sind sogenannte Fremdwörter. Zwar gehören die Grimms nicht zu den radikalen Puristen, von denen sie sich immer wieder abgrenzen, aber de facto ist ihre Praxis der nahezu völligen Ausblendung aktueller Fremdwörter gerade für den politisch-sozialen Wortschatz folgenschwer. Kaum einer der modernen Internationalismen, die seit der (von dem Historiker Koselleck so genannten) »Sattelzeit« um 1770 in den sich neu konstituierenden Öffentlichkeiten Westeuropas und der USA zur Bekämpfung der alten oder Herausbildung einer neuen Ordnung gebraucht wurden, wird von den Grimms gebucht. So fehlen z.B. *Absolutismus, Anarchie, Aristokratie, Bourgeoisie, Demokratie, Diktatur, Emanzipation, Feudalismus.* Im deutlichen Widerspruch dazu steht der unverkrampfte Umgang Jacobs mit Fremdwörtern in seinen eigenen Reden und Schriften. So finden sich etwa in seiner berühmten Rechtfertigungsschrift von 1838 (nach seiner Entlassung von der Göttinger Universität) oder in seinen Wortmeldungen in der Paulskirche zahlreiche Ausdrücke, die im »Deutschen Wörterbuch« als Stichwörter fehlen: *absolutisten, democratisch, commission, deputation* u.a. In den Worterklärungen seines Wörterbuchs verwendet er ungeniert Ausdrücke wie *bureaukratie, occident, privilegieren, asyl, adresse.*

Zur Lückenhaftigkeit der Lemmatisierung trägt auch die historische Orientierung bei, die mit der Hochwertung des »altständischen« frühen Neuhochdeutsch auf eine Vernachlässigung des aktuellen Wortschatzes hinausläuft. Und weiter: Zur puristischen und historischen kommt noch die sprachsoziologische Ausblendung, bei der das Volkstümliche auf Kosten der Wissenschafts- und Geschäftssprache bevorzugt wird.

Quellen, Zensur und Arbeitsteilung

Ausführlich ist früher vor allem die Auswirkung der Quellenauswahl diskutiert worden. Auch schon die zeitgenössischen Kritiker klagen über Einseitigkeiten. Dabei scheinen parteiliche Tendenzen weniger gewichtig zu sein als die bisher erwähnten Faktoren. Daß *Fabrik* mit Goethe belegt werden muß, daß aktuell-politische Bedeutungen in der Regel nur mit (unbelegten) Beispielen aus der eigenen Kompetenz aufgeführt werden, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Quellenlage für diesen Wortschatzbereich. Von daher erklären sich auch viele Lücken: meist wurde eben doch nur aus Belegen auf Bedeutungen geschlossen. Aufgrund dieser Vorgehensweise kommt es also zusätzlich zu arbeitspraktischen Ausblendungen.

Man könnte vermuten, daß Rücksichten auf die Zensur in diesem Bereich besondere Zurückhaltung auferlegt haben. Es ist aber kein Nachweis dafür bekannt, daß die Grimms mit der »Schere im Kopf« gearbeitet haben, geschweige denn, daß es direkte Zensurmaßnahmen im Zusammenhang mit dem »Deutschen Wörterbuch« gegeben hat. Gegen die Annahme einer freiwilligen Selbstzensur spricht Jacobs eigenes Verhalten in der Hessen-Casselschen Zensurkommission, seine Haltung bei der »Göttinger Protestation« und in seiner Verteidigungsschrift, in der er Zensur explizit als sinnlos einschätzt:

> *»des verbots, der censur blödsichtiges auge vermag doch blosz in unmittelbarer nähe und gegenwart zu sichern, die drohenderen über der zukunft gewahrt es nicht.«*
> (Kleinere Schriften Bd. 1, S. 45)

Vergleicht man, was vor den Grimms bereits in Konversationslexika oder in Staatslexika zu aktuellen politisch-sozialen Begriffen zu lesen war, vermutet man nicht die Wirkung von Zensur, wohl aber von impliziter Arbeitsteilung. Warum sollte ein Wörterbuchprojekt, das sich als »Nationalwerk« versteht und die Sprache in weitgespannte historische Dimensionen stellt, mit Konversationslexika aktuell-politischer Färbung in der Behandlung neuer Sprachgebräuche wetteifern, etwa mit dem weltanschaulich geprägten Herderschen Lexikon oder den engagiert politischen Staatslexika (wie v. Rotteck/Welcker, Bluntschli/Brater, Wagener).

»Urbedeutung« statt Bedeutungsgeschichte

Das Interessante am politisch-sozialen Wortschatz sind Bedeutungsfragen: ideologische Perspektiven, parteigebundene Gebrauchsunterschiede, die vielfältig sozial verankerten Bedeutungsgeschichten der Ausdrücke machen ihre lexikographische Problematik aus, begründen aber auch die Notwendigkeit anspruchsvoller Bedeutungsbeschreibungen. Gerade jedoch Bedeutungserläuterungen in diesem Sinne sind nicht im Fokus der Grimmschen Interessen, wie mehrfach gezeigt wurde. Auch wenn Jacobs Bemühungen ganz im Zeichen der historischen Lexikographie stehen, führt dies nicht zur Entfaltung sozialgeschichtlich fundierter Bedeutungsgeschichten. Jacob geht es um die Auffindung einer »Urbedeutung«, eines »Urbegriffs«, der gewissermaßen den Bedeutungskern enthält, von dem aus sich

alles weitere organisch entwickelt. Mit dieser Geschichtsauffassung, die allerdings nicht widerspruchsfrei vertreten wird, braucht man den politisch-sozialen Ereignissen keine Beachtung zu schenken; stattdessen begründet sie eine Art »organistischer« Ausbildung real-historischer Faktoren.

Die »unpolitische« Haltung der Grimms

Es bleibt die Frage, warum die Grimms trotz ihres politischen Engagements, das gelegentlich sogar als »progressiv« eingeschätzt wird, zu keiner stärker politischen Behandlung des Wortschatzes gekommen sind, zumal die politische Motivation und Zielsetzung des Wörterbuchs unumstritten ist. Das vordergründig »Unpolitische«, das sich hier äußert, scheint in der spezifischen Form der Grimmschen Teilnahme an Politik begründet zu sein. Charakteristisch für diese Haltung ist die Reaktion Jacob Grimms auf den Vorschlag Dahlmanns, übriggebliebener Geldmittel des Leipziger Komitees zur Unterstützung der Göttinger Sieben der Familie Silvester Jordans zukommen zu lassen:

> *»Unsere Angelegenheit war so besonders und eigenthümlich, daß sich daran keine andere schließen kann, ohne sie zu beeinträchtigen. Jordans und Hoffmanns Sache ist doch nicht ganz rein, und bewilligte man einem von ihnen das Geld, so würden die Schreier nicht genug haben, sondern fordern, daß die Collecte immer im Gang bliebe, es wäre ihnen recht, daraus eine Casse für demagogische Umtriebe zu schaffen, was völlig abliegt von der ursprünglichen Absicht des Leipziger Vereins.«*

Stattdessen solle man von dem Geld eine Stiftung für Studenten deutscher Geschichte und Philosophie einrichten. Das Schlimmste, was Grimm sich vorstellt, sind *»demagogische Umtriebe«*. Bei allem Engagement – diese Art politischer Parteilichkeit ist seine Sache nicht. Sein tiefes Mißtrauen gegen die politische Sprache der Parteilichkeit hat er schon vorher, in seiner Rechtfertigungsschrift, artikuliert, wo er sich als einen beschreibt, der *»wie ein ruhig wandelnder mann in ein handgemenge geräth«*, dem nichts fremder ist als der politische Streit:

> *»Meine vaterlandsliebe habe ich niemals hingeben mögen in die bande, aus welchen sich zwei parteien einander anfeinden. ich habe gesehen, dasz liebreiche herzen in diesen fesseln erstarrten. wer nicht eine von den paar farben, welche die kurzsichtige politik in curs bringt, aufsteckt, wer nicht die von Gott mit unergründlichen gaben ausgestatteten seelen der menschen wie ein schwarz und weisz getheiltes schachbrett ansieht, den haszt sie mehr als ihren gegner, der nur ihre livree anzuziehen braucht, um ihr zu gefallen. hat nicht die geschichte unserer zeit oft genug gezeigt, dasz keine regierung sich irgend einer partei lange hat ergeben können? ich traue jedem dieser gegensätze einen gröszern oder kleinern theil wahrheit zu, und halte für unmöglich, dasz sie in voller einigung aufgehn. wer fühlte nicht in gewissen puncten zusammen mit dem liberalen, mit dem servilen, mit dem constitutionellen und dem legitimisten, radicalen und absoluten, sobald sie nur nicht unredlich oder heuchler sind? unsere sprache besitzt zum glück noch keine ausdrücke, die das ultrierte in allen diesen begriffen wiedergäben; [...] in dem grunde solcher entgegensetzungen sehe ich oft wilde pflanzen treiben, üppig in stengel und laub, ohne nährende frucht.«* (Kleinere Schriften, Bd. 1, S. 29)

Mag sein, daß hier auch eine taktisch begründete, sich besonders unschuldig stilisierende Einstellung vorgegeben wird; und doch ist glaubwürdig, daß einer spricht, der sich eigentlich als »unpolitisch« versteht und dem man abnimmt, daß er dieser Sprache das Potential zu *»demagogischen umtrieben«* zuschreibt. Diese Einsicht bringt ihn aber nicht dazu, gleichsam aufklärerisch, sprachreflexiv ihren Gebrauch zu durchleuchten. Sein emotionaler Bezug zur Politik läßt ihn sich abwenden von diesen »Auswüchsen« der Sprache. Es sind eben *»wilde pflanzen [...] üppig in stengel und laub, ohne nährende frucht«*.

So kommt zu den vielen Ausblendungen noch eine scheinbar »unpolitische«, in Wirklichkeit natürlich sehr politische, die mit am Grund des Problems zu liegen scheint. Sie ist typisch für die Haltung deutscher Gelehrter, die keinen Sinn für die Mechanismen parlamentarisch-politischer Öffentlichkeit und die Rolle der Sprache in den aufkommenden Massendemokratien entwickeln konnten. Während andere Zeitgenossen, wie z. B. Carl Gustav Jochmann, schon früher Ansätze politischer Sprachkritik konstruktiv einbringen, bleiben die Grimms in der Zeit weit vor 1848 stehen. Vor allem den historischen Schritt von der liberalen Kaffeehaus- und Salonpolitik zur massenhaften antagonistischen Parteienpolitik wollen sie nicht mitmachen.

Sie versuchen den Niederungen der aktuellen Politik zu entgehen, indem sie sich dem »großen« politischen Ziel der Einheit verschreiben, das sich nicht im Parteistreit erkämpfen lasse, sondern nur durch die Besinnung auf die Wurzeln, die Geschichte, das Fernliegende. Sie stehen damit in einer bis heute nachwirkenden wissenschaftlichen Tradition, die sich nicht nur mit dem politischen Wortschatz und der politischen Sprache, sondern auch mit der Politik immer schwergetan hat.

Der Autor ist Universitätsdozent für Germanistische Linguistik an der Universität Trier.

FABRIK, *fabrica, officina, schmiede, fr.* fabrique, *steht noch nicht bei* STIELER *unter den deutschen wörtern, zuerst wol bei* FRISCH 1, 236', *hernach hat sich der gebrauch sehr gehäuft:* das ist ein märchen aus seiner fabrik, *seines machwerks, aus seiner schmiede;* das schnarren und rasseln der bewegten spulen und webestühle in einer groszen fabrik. GÖTHE ...; *vgl.* bandfabrik, lederfabrik, messerfabrik, nadelfabrik, strumpffabrik, zwirnfabrik *u. s. w. verächtlich heiszt es* bücherfabrik, gedankenfabrik.

FABRIKANT, *m. fabricator, verfertiger, macher; man hört in Östreich* kammerzeuger, siegellackserzeuger.

FABRIKARBEITER, *m.*

FABRIKAT, *n. machwerk, erzeugnis.*

FABRIKGEBÄUDE, *n.*

FAFRIKHERR, *m. eigner der fabrik, der werkstätte.*

FABRIKMÄSZIG, *unfrei und einförmig behandelt:* den inbegrif der gelehrsamkeit gleichsam fabrikenmäszig durch vertheilung der arbeit behandeln. KANT 1, 211.

FABRIKORT, *m.*

FABRIKSTADT, *f. urbs opificibus celebris.*

DEUTSCH FÜR AUSSIEDLER

Erfahrungen mit einem praxisorientierten Deutschkurs

von Astrid Krumwiede

Das Forschungszentrum für Kommunikation und Schriftkultur (FOKS) e. V., bietet seit Februar 1989 auch Deutschsprachkurse für Aussiedler an. Zwei Gruppen mit jeweils 20 Teilnehmern werden von drei Sprachdozentinnen mit Erfahrungen im DaF-Bereich und einer hauptamtlichen Mitarbeiterin, zuständig für Organisation, soziale Beratung und landeskundlichen Unterricht, betreut.

Gleich zu Anfang der Einführungsveranstaltung mobilisiert Josef H., 45 Jahre, Aussiedler aus Polen, seine fragmentarischen Deutschkenntnisse. Stolz erklärt er den übrigen Kursteilnehmern die Formalitäten, übersetzt Fragen aus der etwas verunsicherten Runde, wo die 50jährige Weberin neben dem 21jährigen Fräser, der Fernmeldeelektriker neben der ungelernten Arbeiterin sitzt. Zwei Wochen Orientierungsphase bestätigen, daß extreme Unterschiede bezüglich der Deutschkenntnisse , des Bildungsstandes und des Lernverhaltens bestehen. Während ein Teil bereits über eine erweiterte Ausdrucksfähigkeit verfügt, fangen andere ganz von vorn an. Viele haben seit mehr als 20 Jahren keine Schulbank mehr gedrückt, müssen erst wieder »Lernen« lernen.

Nach der Orientierungsphase werden die Kursteilnehmer anhand folgender Kriterien in zwei annähernd homogene Lerngruppen eingeteilt: Deutschkenntnisse (Priorität), Lernfähigkeit, Lebensalter und Berufsziel.

Deutsche Sprache – schwere Sprache

Der Unterrichtsaufbau ist themenbezogen und wird durch die verwendeten Lehrmaterialien unterstützt, die Sprache handlungsorientiert vermitteln. Die Sprache erschließt sich den Teilnehmern über zentrale Verständigungsbereiche, semantische Felder und das syntaktische Beschreibungsmodell einer induktiv vorgehenden Dependenz-Verb-Grammatik.

Waren zu Beginn des Kurses fortschreitende Lernerfolge in der Lexik, im Satzbau sowie im Aufbau bzw. in der Erweiterung der mündlichen Ausdrucksfähigkeit zu verzeichnen, so sind mit zunehmender Komplexität der Strukturen gerade bei den Teilnehmern mit Vorkenntnissen auch Rückschritte zu beobachten. Als grammatisch-syntaktische Falle haben sich das Verb, seine Konjugation und Valenz sowie die komplexen Formen der Haupt- und Nebensatzkonstruktionen erwiesen. Der Bauplan von Sätzen, besonders die Stellung der Modalverben, ist für viele ein Buch mit sieben Siegeln; Probleme, die im Unterricht »Deutsch als Fremdsprache« hinlänglich bekannt sind.

Ferner machen Zeitenbildung und Passivtransformation große Schwierigkeiten, gefolgt von der Groß- und Kleinschreibung. Da die Mehrzahl der Teilnehmer nicht über eine spezielle Lerntechnik verfügt, ist eine analytische Arbeitsweise problematisch. Für viele ist es schwierig, Satzmuster, grammatische Regularitäten und Strukturen zu erkennen, Beispiele zu verallgemeinern. Auffällig ist auch, daß mehrere Teilnehmer erhebliche Lese- und Rechtschreibschwächen haben und zum Teil eine rein phonetische Schreibweise verwenden.

Handlungskompetenz durch Sprachpraxis

Ziel der 10monatigen Maßnahme ist letztlich die soziale und berufliche Integration der Aussiedler. Syntaktische und grammatische Strukturen werden nicht als Selbstzweck, sondern als Basis für sprachliche Handlungskompetenz vermittelt. Die mündliche Ausdrucksfähigkeit steht somit im Vordergrund. In speziellen sozialkundlichen Stunden werden aktuelle Alltagssituationen thematisiert, haben doch einige bereits Erfahrungen mit Kaufverträgen, Versicherungsvertretern und »Bauernfängern« gemacht. Grundzüge des bargeldlosen Zahlungsverkehrs oder die Tücken der Kreditvermittlung, Arbeitsrecht und Bewerbungstraining stehen neben Diskussionen über Werbung und Umwelt oder über die Kommunalwahl. Ziel ist, möglichst viele Verständigungsanlässe zu schaffen und Sprachverwendung durch Bezug auf reale Problemsituationen zu forcieren. Unterstützend werden zu bestimmten Themen Referenten eingeladen. Die so erzeugte Kommunikationssituation fördert neben aktivem Sprechen das Hörverständnis und rezeptive Fähigkeiten. Als didaktische Mittel werden hierbei auch Rollenspiele, Videoaufzeichnungen und Collagen eingesetzt. Als ausgesprochen motivierend hat sich das »Carmen-Thomas-Spiel« erwiesen, bei dem die Kursteilnehmer selbstgewählte Themen vorbereiten und sich gegenseitig interviewen.

Zur Förderung des Textverständnisses werden Gebrauchstexte wie Verträge, Schreiben von Behörden und Formulare sowie Artikel und Anzeigenteil der Tageszeitungen verwendet. Die Einübung textproduktiver Fertigkeiten erfolgt über anwendungsorientierte Beispiele. Wie legt man z. B. Einspruch gegen eine Mieterhöhung, Kündigung etc. ein? Ebenso stehen private Korrespondenz und Bewerbungsschreiben nebst Lebenslauf auf dem Lehrplan.

Zur Unterstützung des Erwerbs der Handlungskompetenz werden verschiedene öffentliche Einrichtungen, wie z. B. Verbraucherberatung, Stadtbibliothek oder kulturelle Veranstaltungen besucht sowie Betriebserkundungen durchgeführt. Diese Exkursionen werden thematisch vor- und nachbereitet und versuchen, das Interessenspektrum der Teilnehmer abzudecken. Diese sollen – berücksichtigt man den soziokulturellen Hintergrund – Schwellenängste abbauen und ihre Bedürfnisse artikulieren lernen, um nach dem Kurs in kommunikativen Schlüsselsituationen, sei es privat oder im Beruf, sprachlich adäquat agieren zu können.

Ergänzend absolvieren die Kursteilnehmer danach ein 4-wöchiges berufsbezogenes Praktikum, wo bereits erworbene Deutschkenntnisse angewendet werden können und der berufsspezifische Wortschatz erweitert werden soll.

Problematische Lernsituation

Erschwerend kommt für die Aussiedler hinzu, daß die äußeren Umstände eine stetige und konzentrierte Arbeit oft nicht zulassen. Die beengte Situation in den Übergangswohnheimen führt zu Spannungen, die sich im Unterricht entladen. Aufgrund mangelnder Betreuungsmöglichkeiten für Kinder können manche Frauen nur sporadisch am Kurs teilnehmen. Wohnungssuche, finanzielle und persönliche Probleme erschweren die Lernsituation zusätzlich, führen teils auch zu Aggressionen und zur Demotivation.

Die Autorin ist Leiterin des Projekts »Deutsch für Aussiedler« am Forschungszentrum für Kommunikation und Schriftkultur e. V. beim Germanistischen Institut der RWTH Aachen.

Momentaufnahme

Helmut Glück/Wolfgang Werner Sauer: Gegenwartsdeutsch. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag 1989, 218 S., DM 22,80 (= Sammlung Metzler 252)

Erwartet man – dem Image der »Sammlung Metzler« entsprechend – eine trockene Pflichtlektüre zur Einführung, die man zwar den Studierenden im Grundstudium empfehlen (»weil es im Moment nichts Besseres gibt«), selbst aber zum Glück nicht mehr lesen muß, so sieht man sich gründlich getäuscht.

Glück und Sauer haben ein spannendes Buch über das Gegenwartsdeutsch geschrieben: materialreich und informativ, wissenschaftlich fundiert, aktuell und vor allem lesbar. Der Einwand, hier werde der wissenschaftliche Anspruch der beifallheischenden Orientierung am Publikum geopfert, sticht nicht. Wenn ich beim Lesen über manche saloppe Formulierung stolpere, ist hier natürlich meine (negative) Erwartung an einen in der wissenschaftlichen Literatur gepflegten Stil im Spiel. Aber auch wenn negative Erwartungen enttäuscht werden, entsteht Irritation. Und gerade die macht die Lektüre reizvoll. Da wird nebenbei erwähnt, die Abkürzung *wg.* habe *»ein tüchtiger Buchhalter der Fa. Flick unsterblich gemacht«* (57), ein Stil sei *»saumäßig«* (37), Leute würden durch *»Hohl- und Hehlwörter« »vergackeiert«* (38) und vielleicht besinne sich *»die Grammatik ja auch noch anders, wenn die Sprachgemeinschaft weiterhin hartnäckig sündigt«* (50).

Leitlinie der Autoren ist es, *»bemerkenswerte Veränderungen im Sprachsystem, Sprachgebrauch und Sprachbewertungen zu zeigen, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben oder derzeit (möglicherweise) ablaufen«* (S. X). Dies kann im Ergebnis nur zu einem Mosaik, zu einer exemplarischen und nicht zu einer systematischen Darstellung führen. So ist das Buch in der Tat *»eine Momentaufnahme, die die Konturen des Deutschen erkennen läßt«* (199).

Welche Themenbereiche und Fragestellungen werden angesprochen? Kapitel I behandelt »Deutsche Normen«. Dort wird der »Name *deutsch*« diskutiert; die Unterschiede zwischen gesprochenem und geschriebenem Deutsch, *»Hohl- und Hehlwörter«, »schmutzige Wörter«* und der vermeintliche *»Sprachverlust der Jugend«* werden kritisch beleuchtet. Kapitel II stellt Entwicklungen im Bereich der Grammatik vor, wobei auch deren Bewertung durch (nicht-linguistische) Sprachpflege und feuilletonistische Sprachkritik erörtert und wissenschaftlich-nüchtern relativiert wird. Trotzdem scheuen die Autoren selbst nicht vor Bewertungen zurück. Diese sind differenziert und gut begründet.

Dies betrifft nicht zuletzt Kapitel III, »Zur Sprachpraxis der Gegenwart«, in dem exemplarische Problembereiche – gut ausgewählt und mit reichlich Material illustriert – vorgestellt werden: Demographie und Sprachwandel, Sprache der Jugend- und Alternativszene, Reklamesprache, Bildungsjournalismus, Kommunikation im Computerzeitalter, das Deutsche in der DDR und schließlich Orthographie und Rechtschreibreform sowie eine *»kleine Institutionenkunde«*.

Da die Autoren Sprache nicht als *»autonomes Gebilde im politikfreien Raum«* (S. X) verstehen, können sie zeigen, wie Einzelne und soziale Gruppen auf die Entwicklung der Sprache Einfluß nehmen, wie der Sprachgebrauch der Medien die *»Standardvarietät«* verändert und wie politische Entwicklungen sich im Deutschen niederschlagen. Aufgrund knapper Informationen über demographische, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen (vom Nachkriegsdeutschland bis in die achtziger Jahre) kann der Leser zugleich seine Kenntnisse der jüngsten deutschen Geschichte auffrischen; ein separates Literaturverzeichnis mit *»gesellschafts- und geisteswissenschaftlicher Literatur«* wird mitgeliefert.

Die Einbettung von sprachgeschichtlichen Entwicklungen in sozialgeschichtliche macht das Buch besonders lesenswert für Auslandsgermanisten. Gut bedient ist diese Zielgruppe auch mit den zahlreichen Beispielen aus verschiedenen Wortschatzbereichen, mit denen sie jene aktuellen *»Nachrichten aus dem sprachlichen Inland«* (S. XIV) bekommt, die sie in den Lehrbüchern »Deutsch als Fremdsprache« und selbst in relativ aktuellen Wörterbüchern immer noch vermißt.

Wer im folgenden (unkommentierten) Beispiel eigentlich was tut, muß sich der Leser dann allerdings selbst zusammenreimen:

> *»Ein* art director *ist unter anderem fürs* layouten *zuständig, neuerdings geraten auch* scannen *und* processen *in seinen Tätigkeitsbereich. Sekretärinnen müssen heute* formatieren, files *anlegen* und fonts *verwalten, wenn sie dem* jobkilling *nicht anheimfallen wollen«* (99).

Das *»Eindringen von Englischem ins Deutsche«* (97) – sicher nicht nur als Folge *»der Besatzung durch hunderttausende ausländischer Soldaten und der Westintegration der BRD«* (96) – erfaßt alle Bereiche von der Hochsprache bis in die Dialekte hinein. Dies macht die neue Qualität dieser Entwicklung aus. Obwohl die Autoren zunächst wiederum eine nüchterne Beschreibung des Phänomens liefern, stimmt es sie doch bedenklich, *»daß die Deutsche Bundesbahn diesen weltläufigen Unsinn verschärft mitmacht, um sich als modern und leistungsfähig auszuweisen«* (104). Sie haben ja recht: Oft ist es wirklich *»eine Frage des Fingerspitzengefühls, ja des Sprachgefühls, wie man mit bestehenden Optionen [!] umgeht, ob man* IC-Team *statt* Zugpersonal *oder* fly and drive *statt* Autovermietung am Flughafen« (105) sagt.

Noch ein Teilkapitel sei herausgestellt: *»Kommunikation im Computerzeitalter«* (162ff.). Hier geht es nicht nur um neue Wörter, die aus der Computertechnik in die Standardsprache eindringen, sondern auch darum, wie die Arbeit mit neuen Informations- und Textverarbeitungstechniken am PC sich auf die *»Kommunikationsstrukturen innerhalb der Sprachgemeinschaft und die internationale Kommunikation auswirkt«* (169). Eine erstaunliche Diskrepanz sei hier festgehalten: Im Prinzip könnten die am Computer erstellten Texte *»besser sein als die von ›handgeschriebenen‹ Texten* [sic!], *weil der Schreibende viel mehr Möglichkeiten hat, zu korrigieren und zu redigieren«*. Tatsächlich aber sieht man vielen Texten, die aus dem Computer stammen, deutlich an, *»daß sie aus größeren und kleineren Textbrokken zusammengehauen worden sind, daß ihr Schreiber lediglich Versatzstücke aneinandergereiht hat«* (169).

Vermutlich hat es auch für das hier besprochene Buch teilweise solche *»Versatzstücke«* gegeben. Aber das ist nicht prinzipiell zu kritisieren. Die Textkohärenz ist hier durchaus in Ordnung. Nur ein paar Kleinigkeiten sind dann eben doch »passiert«. Solche wie in dem oben zitierten Satz (*Texten* anstatt *Texte;* keine Tilgung des *von*) und solche, bei denen mal ein kurzes Textstück doppelt auftaucht (191, Mitte) oder eine Literaturangabe im Literaturverzeichnis entstellt wird (209: der Autor unter *Ortner, Hanspeter* heißt nicht *Ortner, Jakob,* sondern *Jakob, Gerhard*).

Solche Fehler – ärgerlich gerade in Einführungsliteratur – können, wie auch bei traditionellen Setzverfahren, nur durch gründlicheres Korrekturlesen vermieden werden.

Nun gut, ein bißchen Nörgeln muß sein, auch bei einem ansonsten empfehlenswerten Buch.

Bernd Ulrich Biere

Deutschsprachige Minderheiten im Ausland

Eine neue IDS-Broschüre liefert Daten

Auch im Zusammenhang mit dem Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern in die Bundesrepublik interessiert sich seit einigen Jahren die Öffentlichkeit verstärkt dafür, wo denn überall in der Welt außerhalb der mehrheitlich deutschsprachigen Länder Mitteleuropas Deutsch gesprochen wird und deutsches kulturelles Leben anzutreffen ist.

Auf diesem Hintergrund hat das Auswärtige Amt im Frühjahr 1987 das Institut für deutsche Sprache um einen Forschungsstandbericht zu diesem Thema gebeten. Nach einem ersten Entwurf im Herbst 1988 liegt nunmehr die gründlich überarbeitete Untersuchung als Institutspublikation vor. Sie bietet einen Überblick über deutschsprachige Minderheiten in 27 Ländern. Das Unternehmen erfreute sich nicht nur einer finanziellen Förderung des Auswärtigen Amtes, sondern wurde auch mit inhaltlichen Empfehlungen und Informationen aus den diplomatischen Vertretungen unterstützt.

Es konnte nicht darum gehen, eine längst überfällige Enquête mit solider soziolinguistischer Methode durchzuführen. Die Untersuchung hatte sich zu beschränken auf eine Auswertung der in qualitativer Hinsicht äußerst heterogenen einschlägigen Fachliteratur, die gelegentlich vom ideologischen und politischen Enthusiasmus der Autoren geprägt ist. Weiße Stellen versuchte man mit Dutzenden von Anfragen bei Experten zu konturieren; und dennoch blieb manches offen, war man vielfach auf vage Vermutungen angewiesen.

Wo wird nun eigentlich noch Deutsch gesprochen? Drei Gruppen sind auszumachen:

- Deutschsprachige Randgebiete (Nordschleswig, Ostbelgien (Luxemburg blieb ausgespart), Elsaß und Ostlothringen, Südtirol, das ehemalige Sudetenland, die ehemals deutschen Gebiete des heutigen Polen);
- deutsche Sprachinseln in Europa (Norditalien, Rumänien, Ungarn und auf dem Gebiet der Sowjetunion);
- deutschsprachige Gruppen, teilweise mit Sprachinselcharakter, in Nord- und Südamerika, in Australien, Südafrika und Israel.

Ein Manko der Untersuchung liegt darin, daß die Quellen oft nicht präzise zwischen *deutschsprachig* und *deutsch* unterscheiden, wie diese Unterscheidung sich auch im allgemeinen Sprachgewußtsein kaum manifestiert. Zwar ist für uns selbstverständlich, daß nicht alle, die Englisch sprechen, Engländer sind, während evidentermaßen alle Menschen mit isländischer Muttersprache Isländer sind. Das Deutsche liegt irgendwo dazwischen, und das macht die Verhältnisse nicht gerade einfach. Nicht alle, die Deutsch sprechen, sind Deutsche; und nicht alle Deutschen sprechen Deutsch. Juristisch definiert ist nur die deutsche Staatsangehörigkeit. Ob deutschsprachige Elsässer, Deutschbelgier, Angehörige der deutschen Minderheit in Nordschleswig (deren Muttersprache, nebenbei bemerkt, überwiegend Dänisch ist), ebenso Deutsche sind wie die Rumäniendeutschen, bleibt im binnendeutschen Bewußtsein allzumal ungeklärt.

Joachim Born · Sylvia Dickgießer

Deutschsprachige Minderheiten

Ein Überblick über den Stand der Forschung für 27 Länder

Institut für deutsche Sprache im Auftrag des Auswärtigen Amtes

Joachim Born und Sylvia Dickgießer, die als Autoren der Veröffentlichung zeichnen, hatten sich als Wissenschaftler am Institut für deutsche Sprache auf die Frage zu beschränken, von welchen Gruppen wo Deutsch gesprochen wird. Angesichts der Mehrdeutigkeit des Ausdrucks *deutsch* mußte zur richtigen Interpretation der Quellen gelegentlich auch die Problematik von Abstammung und Nationalität erörtert werden. Auf eine politische oder juristische Bewertung der vorgefundenen Verhältnisse wurde jedoch grundsätzlich verzichtet.

Mag Wissenschaft auch um Objektivität bemüht sein, wertfrei ist sie nicht. Insofern wird dieser Forschungsstandbericht sicher nicht allen politischen Überzeugungen gerecht werden. Gleichwohl bietet er als Faktensammlung eine nützliche Grundlage für die Diskussion dieser Fragen in der Öffentlichkeit.

Die Broschüre kann kostenlos beim Institut für deutsche Sprache bezogen werden.

Wolfgang Teubert

Du oder *Sie* – Die Preisfrage

Die Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung hat ihre 16. Preisfrage ausgeschrieben: *»Vom Sie zum Du – mehr als eine neue Konvention?«*

»Jedermann« ist zur Teilnahme berechtigt und kann seine Antwort in Form eines Essays oder einer Abhandlung im Umfang von 40–60 Seiten bis zum 31. Mai 1990 an die Akademie senden.

Die beste Arbeit, die von einer Jury, aus Mitgliedern der Akademie bestehend, ausgewählt wird, wird mit einem Preis von DM 5000,– ausgezeichnet und von der Akademie veröffentlicht.

Die Preisfrage selbst wird in der Ausschreibung wie folgt erläutert:

»Seit einigen Jahren scheint im Deutschen die Anrede in der zweiten Person des Singular (Du) – zumal für die jüngere Generation – in zunehmendem Maße den sprachlichen Umgang miteinander zu bestimmen und die Anrede in der dritten Person des Plural (Sie) zu ersetzen. Die Gründe dafür sind leicht zu bestimmen; nach landläufiger Meinung liegen sie in der Absicht, Distanz zu überwinden und Hierarchien abzubauen. Andererseits wird von nicht wenigen das spontane »Duzen« als Verhaltensweise empfunden, die dem Zwang bestimmter gesellschaftlicher Gruppen folgt und wiederum zur Konvention tendiert, welche den freimütigen Umgang von Personen miteinander eher erschwert als begünstigt. Dieses Spannungsfeld möchte die Preisfrage zur Diskussion stellen.«

(Auskunft: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Alexanderweg 23, D-6100 Darmstadt)